

# Lübener Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich .00, monatlich 1.00 MZ.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaltenen Postteile oder deren Raum 35 Pfg., Verklammerungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 302.

Donnerstag, den 27. Dezember 1917.

24. Jahrg.

## Verzichtfrieden.

Es war im Jahre 1905, in der Zeit der ersten russischen Revolution. Wie das ganze russische Reich stand auch das Gebiet des Kaukasus in hellen Flammen. Und aus dem transtaukasischen Gebiet schlug die revolutionäre Welle über Rußlands Grenzen hinüber nach Persien. Das persische Volk, mißhandelt von einem Despotismus, der ebenso brutal gegen das eigene Volk, wie ohnmächtig gegen das Ausland war, in seiner Selbständigkeit bedroht durch die Ränke des russischen Zarismus und des britischen Imperialismus, in seinen Gefühlen verletzt und an seinen Interessen geschädigt durch das Treiben der russischen Offiziere, denen der Schah sein kleines Heer, und der englischen Kapitalisten, denen er die großen Naturschätze des Landes ausgeliefert hatte, erhob sich zum Kampfe wider die despotische Gewalt. Die persische Revolution leitete die Kette der orientalischen Revolutionen ein, ihr sind die Revolutionen in der Türkei und in China, die revolutionären Bewegungen in Indien und in Ägypten gefolgt. In Persien war es ein langes, hartes, leidenschaftliches Ringen und dieses Ringen wurde von Rußland und England für ihre Zwecke ausgenutzt. Im Jahre 1908 verständigten sich England und Rußland über die Teilung Persiens in eine britische und eine russische „Interessensphäre“, dieser Vertrag war das erste Anzeichen der Annäherung Rußlands an England, der eigentliche Beginn der Entente. Und nun ging Rußland daran, die Beute, nach der es schon so lange gepöht, einzubeißen. Unter dem Vorwande, die Sicherheit russischer Staatsbürger in Persien, die durch die Revolution bedroht sei, zu schützen, überschritt ein Kosakenheer unter dem Kommando des Obersten Plachow die Grenze, er nahm Täbris, die gewerblühende Hauptstadt Nordpersiens, und richtete dort als eckelstes Symbol der Zarenherrschaft gleich am Tage des Einzuges die Galgen auf, an denen bald die Leichen persischer Freiheitskämpfer hingen. Seit jenem Tage ist Nordpersien von russischen Truppen besetzt und die Satrapen Nikolaus Romanows beherrschen das unglückliche Land.

Die russischen Revolutionäre haben den zarischen Raubzug in Persien stets bekämpft. Haben doch an der persischen Revolution russische Revolutionäre aus Transtaukasien tätigen Anteil genommen! Und jetzt, da die russische Demokratie zur Macht gekommen ist, beweist sie durch die Tat, daß sie das Erbe zarischen Raubes nicht antreten will. Mit der Großmut eines Volkes, das eben erst sich selbst befreit hat, gibt sie ein geknechtetes Nachbarvolk frei. In dem Waffenstillstandsvertrag, den Rußland mit den Mittelmächten geschlossen hat, ist auch die Bestimmung enthalten, daß die russische Heeresleitung ihre Truppen aus Persien zurückziehen wird; und Rußland hat dies nur an die eine Bedingung geknüpft, daß auch die türkischen Truppen die persischen Gebiete räumen, die sie während des Krieges besetzt haben. Aus eigenem Antriebe verzichtet die russische Demokratie noch vor dem Friedensschluß auf ein Land, das in Rußland tatsächlichen Besitz war. Freiwillig verzichtet sie auf einen Raub, den niemand ihr streitig machen wollte. Stolz wirft sie dem britischen Imperialismus den Vertrag zu Füßen, durch den Rußland um den Preis der persischen Beute an England geteilt ward!

Den Staatsmännern alten Schlages, denen jeder Vandalismus, und sei es eine leere Sandmühle, als kostbarer Gewinn galt, mag das Verhalten der russischen Demokratie als eitel Torheit erscheinen. Uns erscheint es als der Sieg einer neuen Zeit. Gewiß, die russische Demokratie handelt aus dem Geiste proletarischer, demokratischer Sittlichkeit, die keinem Volke das Recht zuerkennt, seine Nachbarvölker zu knechten. Aber sie handelt eben damit auch in ihrem eigensten Interesse. Indem sie das mohammedanische Nachbarvolk freigibt, sichert sie sich die dankbare Anhänglichkeit der Mohammedaner, die in der Krim und an der Wolga, im Kaukasus, und im Turkestan wohnen. Zudem sie Persien befreit, sichert sie Rußland viel wirksamer freundschaftlichen Verkehr mit dem Nachbarland, als ihn der Zar mit seinen Galgen sichern konnte. So gibt die russische Demokratie der Welt ein leuchtendes Beispiel: das Beispiel eines Volkes, das seine eigene Wohlfahrt gründen will nicht auf die Knechtung, sondern auf die Befreiung der anderen Völker!

Dem absoluten Monarchen erscheint der Staat als sein Landgut; er glaubt sich desto reicher, je mehr Joch Landes sein Staatsgebiet zählt. Der Kapitalistenklasse ist jedes Land nur Ausbeutungsgebiet; sie gieret stets nach fremden Ländern, in denen sie ihre Waren absetzen, ihre Kapitalien anlegen, Naturschätze ausbeuten kann. Den arbeitenden Volksmassen aber bringt die Ausdehnung des Staatsgebietes keinen Gewinn. Unterwirft der Staat fremde Völker, die er nur mit Gewalt niederhalten kann, so muß er eine Gewaltorganisation aufrecht erhalten, die auch das eigene Volk knechtet. Die Arbeiter und Bauern Rußlands haben das begriffen. Sie geben die Nachbarvölker frei, die das Jarentum unterworfen; und dadurch sichern sie sich ihre eigene Freiheit. Sie räumen den Boden, den die Heere des Zaren geraubt haben; aber dafür ercben sie dem russischen Volke den Boden des eigenen Landes wieder, den die Grundherren-Nasse ihm geraubt hatte.

Das ist der Geist der russischen Demokratie und diesen Geist muß begreifen, wer mit Rußland Frieden schließen will. Die alldeutschen Annexionisten und die magnarischen Grafen, die immer noch von Ländererwerb träumen, begreifen nicht, in welcher Zeit wir leben. Sie verwechseln das Zeitalter Lenins und Trozkys mit dem Zeitalter Machiavellis. Die russische Demokratie gibt Länder frei, die Rußland längst erobert hatte; wilde Narrheit, zu glauben, sie werde anderen dazu helfen, neue Eroberungen zu machen! Wer mit dem demokratischen Rußland Frieden schließen will, darf nicht auf Eroberungen ausgehen — nicht auf Eroberungen auf Rußlands Kosten, aber auch nicht auf Eroberungen irgendwo anders in der Welt. Denn für die russische Demokratie ist der Friede ohne Eroberungen nicht bloß eine interessierte Maxime, die man jenach Bedarf anwendet oder fallen läßt, sondern ein Prinzip, das sie nirgends preisgeben kann, ohne sich selbst untreu zu werden.

Die Annexionisten nennen den Frieden ohne Eroberungen höhnisch einen „Verzichtfrieden“. Nun, das russische Volk gibt der Welt in der Tat das Bild großmütigen Verzichts, des Verzichts auf geraubtes Gut, des Verzichts darauf, was von Rechts wegen anderen gehört! Wenn wir mit Rußland Frieden schließen wollen, müssen wir uns ebenso selbst-

los zeigen wie die russische Demokratie; müssen wir in der Tat auf alles verzichten, was nicht uns gehört und nur durch das Kriegsglück vorübergehend in unsere Hände kam. Wie werden diesen Verzicht nicht zu bedauern haben; denn er allein kann uns zum Frieden mit Rußland, er allein zum allgemeinen Frieden führen. Keines Landes Eroberung könnte den Völkern der Mittelstaaten einen Gewinn bringen, der die Verlängerung des Krieges lohnte. Die Opfer des Krieges sind so furchtbar, daß kein Landsehen im Norden oder im Süden uns für die Verlängerung des Krieges auch nur um einen Tag entschädigen könnte. Kapitalisten, die aus Kriegslieferungen Millionenprofite schöpfen, Hinterlandshelden, die die Schrecken des Schlachtfeldes nie gesehen, mögen höhnisch den Verzichtfrieden abweisen; die Völker, die den Krieg führen, die ihn mit ihrem Blute und ihrem Gut bezahlen, wollen den Verzicht auf alles, was nicht ihr Eigen ist. Sie sehen in der großmütigen Gebärde, mit der das russische Volk auf längst geborgenen Raub verzichtet, echte, wahre Größe. Denn nicht in der Ausbeutung des Landes, das ein Volk beherrscht, liegt seine Größe; sie liegt in der sittlichen Kraft, die sich in der Gestaltung seines eigenen Lebens und in seinem Verhalten zu den Rechten anderer Völker bewährt.

## Ein Frieden ohne Annexionen und Kontributionen. Günstiger Fortgang der Friedensverhandlungen.

Die Friedensverhandlungen nehmen einen erfreulichen Fortgang. Die russische Delegation stellte sechs Punkte als Grundlagen für die Friedensverhandlungen auf, der die Delegationen der Verbündeten in ihren Hauptpunkten zustimmten. Diese Grundlagen sind, von einigen nebensächlichen Punkten abgesehen: Ein allgemeiner Friede ohne Annexionen und Kontributionen.

Klar und unzweideutig haben sich die Delegationen der Verbündeten auf diesen Boden gestellt. Damit ist, wie die Russen mit Recht betonten, die tatsächliche Möglichkeit gegeben, auch mit den anderen kriegsführenden Mächten auf dieser Grundlage in Verhandlungen einzutreten. Jetzt liegt die Entscheidung bei ihnen. Der letzte Einwand ist ihnen nun durch die Erklärung der Delegationen der Verbündeten genommen worden; jetzt müssen sie sich entscheiden, ob sie um nichts und wieder nichts die Fortsetzung des Menschenmüllens oder dessen Beendigung wollen. In zehn Tagen muß ihre Entscheidung fallen. Wie wird sie ausfallen? Wird die Vernunft siegen oder werden noch einmal die Kriegstreiber die Oberhand gewinnen?

Die Mittelmächte und Rußland haben den festen Willen bekundet, der Menschheit den langersehnten Frieden zu bringen.

Nachstehend der Bericht aus Brest-Litowsk:

W.B. Brest-Litowsk, 25. Dezember.  
In der Sitzung vom 22. Dezember hatte die russische Delegation erklärt, sie gehe von dem klar ausgesprochenen Willen der Völker Rußlands aus, möglichst bald den Abschluß eines allgemeinen, gerechten, für alle in gleicher Weise annehmbaren Friedens zu erreichen. Unter Berufung auf die Beschlüsse des allrussischen Kongresses der Arbeiter- und Soldatendeputierten und des allrussischen Bauernkongresses wies die russische Delegation darauf hin, daß sie die Fortsetzung des Krieges nur zu dem Zwecke, um Annexionen zu erreichen, für ein Verbrechen halte, und daß sie daher feierlich ihren Entschluß kundgebe, unverzüglich die Bedingungen eines Friedens zu unterschreiben, der diesen Krieg auf der Grundlage der aufgeführten, ausnahmslos für alle Völker in gleicher Weise gerechten Bedingungen beende. Von diesen Grundlagen ausgehend, hatte die russische Delegation vorgeschlagen, den Friedensverhandlungen folgende sechs Punkte zugrunde zu legen:

1. Es wird keine gewalttätige Vereingung von Gebieten gestattet, die während des Krieges in Besitz genommen sind. Die Truppen, die diese Gebiete besetzt halten, werden in kürzester Frist zurückgezogen.
2. Es wird in vollem Umfange die politische Selbständigkeit der Völker wiederhergestellt, die ihre Selbständigkeit in diesem Kriege verloren haben.
3. Den nationalen Gruppen, die vor dem Kriege politisch nicht selbständig waren, wird die Möglichkeit gewährleistet, die Frage der Zugehörigkeit zu dem einen oder dem anderen Staat oder ihrer staatlichen Selbständigkeit durch ein Referendum zu entscheiden. Dieses Referendum muß in der Weise veranstaltet werden, daß die volle Unabhängigkeit bei der Stimmabgabe für die ganze Bevölkerung des betreffenden Gebietes, einschließlich der Auswanderer und Flüchtlinge, gewährleistet ist.
4. In bezug auf die Gebiete gemischter Nationalität wird das Recht der Minderheit durch ein besonderes Gesetz geschützt, das ihr die Selbständigkeit der nationalen Kultur und, falls dies praktisch unbedenklich ist, eine autonome Verwaltung gibt.
5. Keines der kriegsführenden Länder ist verpflichtet, einem

anderen Lande sogenannte Kriegskosten zu zahlen. Bereits erhobene Kontributionen sind zurückzahlen. Was den Ersatz der Verluste von Privatpersonen infolge des Krieges anbetrifft, so werden sie aus einem besonderen Fonds beglichen, zu dem die kriegsführenden proportional beitragen. 6. Koloniale Fragen werden unter Beachtung der unter 1. bis 4. dargelegten Grundsätze entschieden. In Ergänzung dieser Punkte schlug die russische Delegation den vertraglich liegenden Parteien vor, jede Art verstärkter Bekämpfung der Freiheit schwacher Nationen durch Starke als unzulässig zu bezeichnen, z. B. durch wirtschaftlichen Boykott, wirtschaftliche Vorherrschaft des einen Landes über das andere auf Grund aufgezwungener Handelsverträge, durch Sonder-Zollverträge, die die Freiheit des Handels dritter Länder beschränken durch Seeblockade, die nicht unmittelbare Kriegsziele verfolgt usw.

In der heute unter dem Vorsitz des bevollmächtigten Vertreters Oesterreich-Ungarns, Grafen Czernin abgehaltenen Plenarsitzung gab dieser im Namen der Delegation des Vierbundes folgende Erklärung ab, mit der die vorstehenden Ausführungen der russischen Delegation beantwortet wurden. Die Delegationen der verbündeten Mächte gehen von dem klar ausgesprochenen Willen ihrer Regierungen und ihrer Völker aus, möglichst bald den Abschluß eines allgemeinen gerechten Friedens zu erreichen.

Die Delegationen der Verbündeten sind in Übereinstimmung mit dem wiederholt kundgegebenen Standpunkte ihrer Regierungen der Ansicht, daß die Vorläufe des russischen Vorschlages eine diskutablen Grundlage für einen solchen Frieden bilden können. Die Delegationen des Vierbundes sind mit einem sofortigen allgemeinen Frieden ohne gewalttätige Gebietsveränderungen und ohne Kriegsenstufungen einverstanden.

Wenn die russische Delegation die Fortsetzung des Krieges nur zu Eroberungszwecken verurteilt, so schließen sich die Delegationen der Verbündeten dieser Auffassung an. Die Staatsmänner der verbündeten Regierungen haben wiederholt in programmatischen Erklärungen betont, die Verbündeten würden, um Eroberungen zu machen, den Krieg nicht um einen Tag verlängern. In diesem Standpunkt haben die Regierungen der Verbündeten stets unbeirrt festgehalten. Sie erklären feierlich ihren Entschluß, unverzüglich einen Frieden zu unterschreiben, der diesen Krieg auf Grundlage der vorstehenden ausnahmslos für alle kriegsführenden Mächte in gleicher Weise gerechten Bedingungen beendet. Es muß aber ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß sich sämtliche jetzt am Kriege beteiligten Mächte innerhalb einer angemessenen Frist ausnahmslos und ohne jeden Rückhalt zu der genauesten Beobachtung der für alle Völker in gleicher Weise bindenden Bedingungen verpflichten müssen, wenn die Voraussetzungen der russischen Darlegung erfüllt sein sollten. Denn es würde nicht angehen, daß die jetzt mit Rußland verhandelnden Mächte des Vierbundes sich einseitig auf diese Bedingungen festlegen, ohne die Gewähr dafür zu besitzen, daß Rußlands Bundesgenossen diese Bedingungen ebenfalls und rückhaltlos auch dem Vierbunde gegenüber anerkennen und durchführen. Dieses vorausgesetzt, ist zu den von der russischen Delegation als Verhandlungsgrundlagen vorgeschlagenen sechs Punkten das nachfolgende zu bemerken:

Zu 1. Eine gewalttätige Aneignung von Gebieten, die während des Krieges besetzt worden sind, liegt nicht in den Absichten der verbündeten Regierungen. Aber die Truppen in den jetzt besetzten Gebieten wird im Friedensvertrag Bestimmung getroffen, soweit nicht über die Zurückziehung an einigen Stellen vorher Einigkeit erzielt wird.

Bevölkerung des Bürgerkrieges.

Die revolutionäre Regierung hat zur Beilegung des Konflikts mit der Ukraine einen Bevollmächtigten nach Kiew geschickt, der dort die Unterhandlungen zwischen Kaba und Volkskommissaren anknüpfen soll.

Trozkij duldet keine fremde Einmischung.

Reuter meldet aus Petersburg: Trozkij hat am Freitag in einer Rede, nachdem er ausführlich das amerikanische Komplott beschrieben hatte, folgendes erklärt: „Mögen die Vertreter aller fremden Mächte wissen, daß wir nicht blind sind, um uns mit den Fühnern treten zu lassen.“

Eine Koalitionsregierung.

(Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur): Zwischen dem Ausschuss der Volkskommissare und dem Zentralschuss der Linksevolutionäre kam eine Einigung über die Bildung einer Regierung zustande.

Eine kaukasische Armee gegen Kaledin.

Das Präsbureau der Volkskommissare teilt mit, daß eine kaukasische Armee von ungefähr 100000 Mann im Rücken Kaledins vorrückt.

Zurückziehung fremder Truppen aus der russischen Front.

Reuter meldet aus Petersburg: Trozkij hat den russischen Truppenführern in Chardin befohlen, die ausländischen Vertretungen zu ersuchen, die fremden Truppen aus der Front zurückzuziehen.

Die Eisenbahner gegen Kaledin.

(Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Vertreter der Eisenbahner, in dem er ihnen volle Sicherheit verbürgt, falls sie ihn nicht an der freien Beförderung der Kojalentruppen hindern.

Ein Ultimatum der Ukraine.

Reuter meldet aus Petersburg: Die Zentralkommission der Ukraine sandte an die Volkskommissare ein Ultimatum, in dem die sofortige Freilassung der Mitglieder des revolutionären Staates der Ukraine verlangt wird.

Der Frachtverkehr zwischen Schweden und Finnland.

Als erstes Schiff, das den normalen Frachtverkehr zwischen Schweden und Finnland wieder aufnahm, ging am Sonntag der finnische Dampfer „Mira“ von Stockholm nach Raumo.

England.

Wenn nicht . . . . .

General Haig hat zu Weihnachten an seine Truppen einen Tagesbefehl gerichtet, in dem er sagt, daß die englischen und französischen Siege wohl zu einem früheren vollständigen Siege geführt hätten.

Tschitschewin und Petroff

Die gegenwärtige russische Regierung hat bekanntlich mit Vergeltungsmassregeln gegen die Engländer in Rußland gedroht, wenn nicht die englische Regierung endlich die Revolutionäre Tschitschewin und Petroff frei lasse.

Tschitschewin war vor mehreren Jahren ein hoher Beamter im diplomatischen Dienst der russischen Regierung. Dann wurde er Sozialdemokrat und mußte ins Ausland flüchten.

Petroff war gegen Ende 1915 von der Britischen Sozialistischen Partei beauftragt, in Glasgow und Umgegend Vorträge über den Marxismus zu halten.

deutsch-russischen Waffenstillstandsvertrag vom 13. Dezember vorgetragene Kommission nach Petersburg, die die Regelung des Austausch der Zivilgefangenen und dienstuntauglichen Kriegsgefangenen in Angriff nehmen soll.

Die Kriegslage.

Die Heeresberichte.

WIB. Großes Hauptquartier, 26. Dezbr. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Artillerietätigkeit blieb auf Störungsfeuer beschränkt, das südlich von Ypern, bei Motuores und Marcoing vorübergehend an Stärke zunahm.

Erkundungsvorstöße französischer Abteilungen südlich von Vincourt scheiterten in unserem Feuer und im Nachkampf. Das seit einigen Tagen auf dem Hügel der Maas gesteigerte Feuer ließ gestern nach.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Keine größeren Kampfhandlungen.

Italienische Front.

Nach harter Artillerieeinwirkung führte der Feind heftige Gegenangriffe gegen den Col del Rosso und die westlich und östlich benachbarten Höhen.

WIB. Berlin, 26. Dezember, abends. (Amtlich.) Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

WIB. Großes Hauptquartier, 25. Dezbr. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz.

An der sandrischen Front, am Va-Basse-Kanal und südwestlich von Cambrai lebte die Gefechtsstätigkeit vorübergehend auf. Zu beiden Seiten der Maas, am Hartmannswieskopf und im Thanner Tal war das Feuer zu einzelnen Tagesstunden gesteigert.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Italienische Front.

Behäufiger Feuerkampf hielt tagsüber zwischen Asiago und der Brenta an. Feindliche Gegenangriffe gegen die neuernommenen Stellungen und ein Vorstoß am Monte Pertica wurden abgewiesen.

Die Gefangenenzahl aus den Kämpfen um den Col del Rosso ist auf über 9000, darunter 270 Offiziere, gestiegen.

WIB. Wien, 25. Dezember. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz.

Waffenstillstand. Italienischer Kriegsschauplatz. Westlich der Brenta nahmen Truppen der Heeresgruppe des Feldmarschalls Fehrer v. Conrad trotz heftigsten feindlichen Widerstandes den Col del Rosso und den Monte di Val Bella.

WIB. Wien, 25. Dezember. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz.

Feindliche Gegenangriffe gegen unsere neuen Stellungen zwischen Asiago und der Brenta wurden erfolgreich abgewiesen. Die Zahl der Gefangenen seit dem 23. Dezember hat sich auf über 9000 Mann, darunter 270 Offiziere, erhöht.

WIB. Wien, 26. Dezember. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz.

Waffenstillstand. Italienischer Kriegsschauplatz. Feindliche Gegenangriffe gegen unsere neuen Stellungen zwischen Asiago und der Brenta wurden erfolgreich abgewiesen.

WIB. Wien, 26. Dezember. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz.

Waffenstillstand. Italienischer Kriegsschauplatz. Feindliche Gegenangriffe gegen unsere neuen Stellungen zwischen Asiago und der Brenta wurden erfolgreich abgewiesen.

WIB. Wien, 26. Dezember. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz.

Waffenstillstand. Italienischer Kriegsschauplatz. Feindliche Gegenangriffe gegen unsere neuen Stellungen zwischen Asiago und der Brenta wurden erfolgreich abgewiesen.

WIB. Wien, 26. Dezember. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz.

Waffenstillstand. Italienischer Kriegsschauplatz. Feindliche Gegenangriffe gegen unsere neuen Stellungen zwischen Asiago und der Brenta wurden erfolgreich abgewiesen.

WIB. Wien, 26. Dezember. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz.

Waffenstillstand. Italienischer Kriegsschauplatz. Feindliche Gegenangriffe gegen unsere neuen Stellungen zwischen Asiago und der Brenta wurden erfolgreich abgewiesen.

WIB. Wien, 26. Dezember. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz.

Waffenstillstand. Italienischer Kriegsschauplatz. Feindliche Gegenangriffe gegen unsere neuen Stellungen zwischen Asiago und der Brenta wurden erfolgreich abgewiesen.

WIB. Wien, 26. Dezember. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz.

Waffenstillstand. Italienischer Kriegsschauplatz. Feindliche Gegenangriffe gegen unsere neuen Stellungen zwischen Asiago und der Brenta wurden erfolgreich abgewiesen.

WIB. Wien, 26. Dezember. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz.

Waffenstillstand. Italienischer Kriegsschauplatz. Feindliche Gegenangriffe gegen unsere neuen Stellungen zwischen Asiago und der Brenta wurden erfolgreich abgewiesen.

WIB. Wien, 26. Dezember. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz.

Waffenstillstand. Italienischer Kriegsschauplatz. Feindliche Gegenangriffe gegen unsere neuen Stellungen zwischen Asiago und der Brenta wurden erfolgreich abgewiesen.

WIB. Wien, 26. Dezember. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz.

Waffenstillstand. Italienischer Kriegsschauplatz. Feindliche Gegenangriffe gegen unsere neuen Stellungen zwischen Asiago und der Brenta wurden erfolgreich abgewiesen.

WIB. Wien, 26. Dezember. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz.

Zu 2: Es liegt nicht in der Absicht der Verbündeten, eines der Völker, die in diesem Kriege ihre politische Selbständigkeit verloren haben, dieser Selbständigkeit zu berauben.

Zu 3: Die Frage der staatlichen Zugehörigkeit nationaler Gruppen, die keine staatliche Selbständigkeit besitzen, kann nach dem Standpunkte der Verbündeten nicht zwischenstaatlich geregelt werden.

Zu 4: Dergleichen bildet nach Erklärungen von Staatsmännern des Verbundes der Schutz des Rechtes der Minoritäten einen wesentlichen Bestandteil des verfassungsmäßigen Selbstbestimmungsrechtes der Völker.

Zu 5: Die verbündeten Mächte haben mehrfach die Möglichkeit betont, daß nicht nur auf den Ersatz der Kriegskosten, sondern auch auf den Ersatz der Kriegsschäden wechselseitig verzichtet werden könnte.

Zu 6: Von den vier verbündeten Mächten verfügt nur Deutschland über Kolonien. Seitens der deutschen Delegation wird hierzu, in voller Übereinstimmung mit den russischen Vorschlägen, folgendes erklärt: Die Rückgabe der während des Krieges gewaltsam in Besitz genommenen Kolonialgebiete ist ein wesentlicher Bestandteil der deutschen Forderungen.

Die von der russischen Delegation im Anschlusse an die eben erörterten sechs Punkte vorgelegenen Grundzüge für den wirtschaftlichen Verkehr sind die ungeschränkte Zustimmung der Delegation der verbündeten Mächte, die von jeder für die Ausföhrung jedweder wirtschaftlichen Vergewaltigung eingetretten ist.

Anknüpfend an diese Erklärung führte hierauf Graf Czernin aus: „Auf Grund dieser, sieben entwickelten Prinzipien, sind wir bereit, mit allen unseren Gegnern in Verhandlungen zu treten.“

In Erwiderung hierauf erklärte der Führer der russischen Delegation, die Kommissare mit Genugtuung, daß die Antwort der Delegationen Deutschlands, Österreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei die Prinzipien eines allgemeinen demokratischen Friedens ohne Annexionen angenommen habe.

Als Gegenüber erklärte der Führer der russischen Delegation, die Kommissare mit Genugtuung, daß die Antwort der Delegationen Deutschlands, Österreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei die Prinzipien eines allgemeinen demokratischen Friedens ohne Annexionen angenommen habe.

Als Gegenüber erklärte der Führer der russischen Delegation, die Kommissare mit Genugtuung, daß die Antwort der Delegationen Deutschlands, Österreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei die Prinzipien eines allgemeinen demokratischen Friedens ohne Annexionen angenommen habe.

Als Gegenüber erklärte der Führer der russischen Delegation, die Kommissare mit Genugtuung, daß die Antwort der Delegationen Deutschlands, Österreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei die Prinzipien eines allgemeinen demokratischen Friedens ohne Annexionen angenommen habe.

Als Gegenüber erklärte der Führer der russischen Delegation, die Kommissare mit Genugtuung, daß die Antwort der Delegationen Deutschlands, Österreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei die Prinzipien eines allgemeinen demokratischen Friedens ohne Annexionen angenommen habe.

Als Gegenüber erklärte der Führer der russischen Delegation, die Kommissare mit Genugtuung, daß die Antwort der Delegationen Deutschlands, Österreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei die Prinzipien eines allgemeinen demokratischen Friedens ohne Annexionen angenommen habe.

Als Gegenüber erklärte der Führer der russischen Delegation, die Kommissare mit Genugtuung, daß die Antwort der Delegationen Deutschlands, Österreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei die Prinzipien eines allgemeinen demokratischen Friedens ohne Annexionen angenommen habe.

Als Gegenüber erklärte der Führer der russischen Delegation, die Kommissare mit Genugtuung, daß die Antwort der Delegationen Deutschlands, Österreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei die Prinzipien eines allgemeinen demokratischen Friedens ohne Annexionen angenommen habe.

Als Gegenüber erklärte der Führer der russischen Delegation, die Kommissare mit Genugtuung, daß die Antwort der Delegationen Deutschlands, Österreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei die Prinzipien eines allgemeinen demokratischen Friedens ohne Annexionen angenommen habe.

Als Gegenüber erklärte der Führer der russischen Delegation, die Kommissare mit Genugtuung, daß die Antwort der Delegationen Deutschlands, Österreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei die Prinzipien eines allgemeinen demokratischen Friedens ohne Annexionen angenommen habe.

# Italien.

Gegen Cadorna.

In der Kammerführung, die mit der Annahme eines Vertrauensvotums für die Regierung endete, hielt Turati eine scharfe Anklage gegen Cadorna. Er beschwerte sich über die Unfähigkeit, die sozialistische Propaganda die Schuld an der Katastrophe zu geben. Die Wahrheit sei vielmehr, daß die Truppen sich tapfer schlugen und ihre Selbstvertrauen zurückgewannen, sobald Cadorna entfernt war. (Lärm.) Auch Clemenceau, sowie alle ernsthaften Militärführer erkannten an, daß die Panik im italienischen Heere nur die Folge des Frontbruchs gewesen sei. Es sei lächerlich, für die Niederlage die Feigheit weniger Korps verantwortlich zu machen. Turatis Worte entfesselten Stürme der Entrüstung. Der Kammerpräsident rief ihm zu: „Sie dürfen nicht wiederholen, was in den Geheimnissen gesagt worden ist.“ Turati darauf: „Und doch ist es so!“ Die Auflösung des Heeres war die Folge, nicht die Ursache der Katastrophe. Die wahre Ursache war die, daß die Regierung nicht rechtzeitig den Hauptschuldigen, General Cadorna, entsetzt hat. Ja, die Regierung hat Cadorna sogar auf einen neuen, außerordentlich wichtigen Vertrauensposten in den Mittelern rot gestellt. (Lebhafte Protestrufe.) Colajanni: „Cadorna sollte wohl hingerichtet werden?“ Turati: „Allerdings!“ Dann fauchte er, zum Ministerpräsidenten gewandt: „Sie sind auch an der Erbitterung schuld, die im ganzen Volk herrscht. Die Erbitterung herrscht. Die Regierung hat, sie könnte Sonnino nicht zum Rücktritt zwingen. Das ist lächerlich. Glauben Sie denn, daß die Erbitterung in Italien nur darum besteht, weil Sonnino unser Minister des Innern ist? So etwas zu behaupten, ist lächerlich. Durch die Absetzung Sonninos gewünschte die Regierung nur an Stärke. (Lebhafte Protestrufe.)

Auch Colajanni wendet sich aufs schärfste gegen Cadorna. Es sei unglücklich, daß die Regierung Cadorna in den Obersten Kriegsrat der Entente berufen habe. Statt ihm den Posten zu machen. (Lärm.) Darauf erhob sich Ministerpräsident Orlando: „Nichts wird den Weg der Wahrheit aufhalten. Was sich aber als Ursache der Katastrophe herausstellen mag, eines steht fest: die Ehre des italienischen Heeres ist unberührt geblieben. (Langer stürmischer Beifall des ganzen Hauses und der Tribünen.)

Darauf hob Orlando fort: „Sie hören, so kann keine eigene Außenpolitik. Das ist nicht wahr. Es gibt nur eine einzige Außenpolitik, das ist die des Kabinetts. (Beifall.) Nun zum Friedensproblem. Turati behauptete, es bestanden Friedensmöglichkeiten, die von Sonnino durchkreuzt wurden. Wer von welchem Frieden spricht er? Mehe, wenn Turati's Worte ans Ohr der Soldaten gelangen! (Beifall und Protest.) Orlando fährt fort: „Die Wahrheit ist, daß der 'deutsche Frieden' nur der Frieden der Waage und der Cassanarische ist. Herrling erklärte, war unverfüllt, daß die Preise gabe der okkupierten italienischen Provinzen nicht verhöre. Ehe wir einen solchen Status quo annehmen, werden wir lieber bis Sizilien zurückweichen. (Lebhafte Beifall.) Orlando erklärt zum Schluß daran, daß nach der Katastrophe des Heeres alle Generale der Armee gewechselt seien, die Piave-Linie könne nicht gehalten werden. „Was hätte ich gegen uns verschoren. Wer unsere Soldaten haben die Piave-Linie dennoch gehalten. (Langer stürmischer Beifall. Hochrufe auf das Heer.) Mögen die Kammer und das Land diese feierliche Session beherzigen, die das Heer ihnen gab.“ (Neue Beifallsstürme.)

# Der Balkanrieg.

Sarrail wird abgesetzt.

Auf Grund Erschöpfung allgemeiner Art beschloß die Regierung, General Sarrail im Oberbefehl der verbündeten Armeen der Orientarmee durch General Guillaumat zu ersetzen. Sarrail, der mit ersten Schwierigkeiten zu kämpfen hatte und große Dienste leistete, wird, sobald die Umstände es erlauben, eine neue Stellung erhalten. General Guillaumat trifft Sonnabend abend in Saloniki ein.

# Der Seekrieg.

Der Unterseekrieg.

MSB. Berlin, 24. Dezember. (Amstlich.)

Im Englischen Kanal und an der Ostküste Englands wurden durch unsere U-Boote sechzig 23000 Brutto-Register-Tonnen vertrieben. Unter den vernichteten Schiffen befanden sich zwei große Frachtdampfer, die im Nerme-Kanal trotz starker feindlicher Seegangwirkung vernichtet wurden, sowie ein bewaffneter englischer Dampfer von Aussehen und Größe des Leyland-Dampfers „Norwegian“.

MSB. Berlin, 26. Dezember. (Drahtbericht.) Im Mittelmeer sind wieder zahlreiche Dampfer und Segler den Angriffen unserer Unterseeboote zum Opfer gefallen. Der Raubgehalt der vernichteten Schiffe beträgt mindestens 38000 Brutto-Register-Tonnen. Unter ihnen befand sich der bewaffnete englische Dampfer „Berwick Lam“, 4680 Tonnen; ein neuer Dampfer, der durch einen feindlichen U-Boot vernichtet wurde. Ein bewaffneter orischer Dampfer. Einer der vernichteten Segler hatte 700 Tonnen Phosphat für Italien als Ladung. Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

# Die Kämpfe im Orient.

Die Kämpfe bei Jerusalem.

Konstantinopel, 24. Dezember. (Amstlicher Tagesbericht.) Palästina-Front. An der Andha Pa rousilleneiche die unvernünftig, am 21. Dezember unsere Sicherungsstellungen erwar zurückzunehmen. Auf der übrigen Front der rechten Flügelsgruppe sonst keine besonderen Ereignisse an diesem Tage, abgesehen von einem Seitenangriff bei El Fudha und Krückerfeuer. Hier und weiter östlich von Serualen unternahm der Gegner nach harter Art-Vorbereitung am 21. Dezember vornehmlich einen Angriff gegen unsere Stellungen westlich von Hake Hue a und nördlich. Der Angriff scheiterte. Wo der Gegner an einer Stelle eingedrungen war, wurde er im Gegenstoß wieder gemorren. Mit den nachdrücklichen Verlusten scheiterten erneut bis zur Dunkelheit dauernde feindliche Vorstöße. Am 22. Dezember folgte der Feind vor unser neuen Sicherungsstellungen an der Küste nur mit Kavallerie. Patrouillenangriffe des Feindes gegen unsere Stellungen bei Sir Habala wurden sämtlich abgewiesen. Östlich davon konnten wir unsere Stellungen etwas vorziehen. An der ganzen Front starke Feuergefechte. Bei den übrigen Armeen Ruhe.

# Allelei Kriegsnachrichten.

Das australische Volk gegen die Wehrpflicht.

(Reuter.) Lezten Berichtes zufolge sind bei dem Referendum über die Wehrpflicht 987000 Stimmen gegen und 982000 Stimmen für die Wehrpflicht abgegeben worden. Reuter verbreitet zu dem Ausfall der Volksabstimmung über die australische Wehrpflicht eine Erklärung, in der es heißt: „Die australischen Parteien stehen mit den andern in den Krieg entwickelten Demokratien in Reihe und Glied gegen die

# Der amtliche Kriegsbericht.

MSB. Großes Hauptquartier, 27. Dezbr. (Amstlich.)

Westlicher Kriegshauptpl.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht. In der englischen Front war die Gefechtsstätigkeit am Southoukterwalde, auf dem nördlichen Ouseufer, bei Moerue und Marcoing zeitweilig lebhaft.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Die Regimenter einer Garbedivision führten nordwestlich von Bezonvaux nach kräftiger Artillerie- und Minenwerferwirkung erfolgreiche Unternehmungen durch. Am Vormittag drangen Erkundungsabteilungen in die französischen Linien. Am Nachmittag führten mehrere Kompanien im Verein mit Flammwerfern und Teilen eines Sturmabteilungsbataillons und begleitet von Infanterie- und Schützengruppen in 900 Meter Breite die beiden ersten feindlichen Gräben. Ein Gegenstoß der Franzosen scheiterte unter schweren Verlusten. Nach Sprengung zahlreicher Unterstände lezten die Sturmtruppen mit mehr als 100 Gefangenen und einigen erbeuteten Maschinengewehren beschloßgemäß in ihre Ausgangsstellungen zurück.

Eine französische Abteilung, die nordöstlich von Oberburnhaupt unsere vordersten Gräben erreichte, wurde im Nachkampf zurückgeschlagen.

Ostlicher Kriegshauptpl.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Keine größere Kampfhandlung.

Italienische Front.

Die Artillerietätigkeit zwischen Asiago und der Brenta hat gestern an Heftigkeit nachgelassen. Lebhaftes Störungsfeuer hielt in den Kampfabschnitten südwestlich der Brenta und der Piave fest. Ein italienischer Vorstoß gegen den Monte Tomba wurde abgewiesen.

Der Erste Generalquartiermeister.

Indenborst.

Mittelmächte. Während der ganzen Volksabstimmung war keine Rede von Kriegsmöglichkeit. Meinungsverschiedenheiten machten sich nur darüber geltend, ob Australiensich seiner Männer für die Kampfe in Europa einblößen solle, und wie die australische Manneskraft in der östlichen Kriegsinindustrie zu verhalten sei mit ihrem Wert im Felde. Alle anerkannten politischen Parteien sind einmütig für Fortsetzung des Krieges bis zum Siege und für Beibehaltung der deutschen Kolonien im Stillen Ozean. Die Volksabstimmung wird nicht in irgendeinem Nachlassen in den Kriegsanstrengungen Australiens führen.

Trotz dieser „Erklärung“ ist das Abstimmungsresultat doch bezeichnend für die Stimmung des australischen Volkes.

Vorkriegsbericht aus Ostafrika.

Das „Berl. Taagbl.“ meldet aus Genf: Das vorkriegsliche Hauptquartier in Ostafrika berichtet, wie der „Epner Nouvellist“ meldet, daß die deutschen Schutztruppen nach fünfjährigem Kampfe gegen Mukla zurückgedrängt worden seien.

# Nus Lübeck und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 27. Dezember.

Die Familienunterstützung der Lieferungsverbände.

Unterm 15. d. Mts. sind vom Minister des Innern folgende einschneidende und den Kreis der Berechtigten erweiternde Vorschriften erlassen worden: Kriegsaetwaite Ehefrauen erhalten von demjenigen Lieferungsverbände Unterstützungen, in dem die Ehefrau vor der Eheschließung gewohnt hat. Voreheliche Kinder oder Kinder erster Ehe, die von Kriegsaetwaite Ehefrauen mit in die Ehe gebracht werden wird in der Gemeinschaft mit der Mutter Familienunterstützung zu gewähren sein, auch wenn der Ehemann für solche Kinder bislang nicht gefordert hat. Uneheliche Kinder, deren Bedarf nicht ganz von der Verhältnisse anzurechnen ist, haben auch dann Anspruch auf Unterstützung, wenn ihr Erzeuger, dessen Verpflichtung zur Gewährung des Unterhalts festgestellt war, von seiner Unterhaltungsverpflichtung infolge Zahlung einer Abfindung befreit worden ist und deren Renten zur Vorkriegszeit die Bedürfnisse nicht ausreicht. Der Verbrauch des Kapitals kann nicht gefordert werden. Der Tod eines mit Invalidenrente aus dem Heeresdienst entlassenen Kriegsteilnehmers, dessen Hinterbliebene die Hinterbliebenenrente erhalten, läßt den Anspruch auf Fortzahlung der Familienunterstützung nach dem Tode vom 30. September 1915 nicht von neuem auf die Dauer von drei Monaten nach dem Sterbetage entstehen. Die Zahlung der Familienunterstützung ist vielmehr nach Ablauf der ersten drei Monate, für welche die Invalidenrente zuständig ist, einzustellen. Die Bestimmungen in Familienunterstützungssachen werden in Zukunft vom Minister den Lieferungsverbänden unmittelbar zuzulehen.

Personen, die auf Grund der Reichsversicherungsordnung erkrankt, Invaliden- oder Unfallrente beziehen, haben im Falle eintretender Bedürftigkeit Anspruch auf Unterstützung aus Mitteln der allgemeinen Kriegswohlfahrtspflege der Gemeinden, jedoch nicht auf Kosten der Reichskasse.

Der Bürgerausschuß genehmigte bzw. beschwor: In einer heutigen Sitzung folgende Anträge des Senates: Gewährung einmaliger Kriegsteuerzuschüsse an Beamte und Anverwandte. (Kosten 295000 Mark) Bewilligung weiterer 3 Millionen Mark für außerordentliche Ausgaben aus Anlaß des Krieges. Bewilligung von 30000 Mark an den Lübecker Ortsausschuß für die Schweißerspende. Nachbewilligung von 20000 Mark zur Deckung der Erweiterung der Erziehungsanstalt in Salinup. Reueinstellung einer Oberkontrolleurstelle und einer Jollaufschreiberstelle. Ermächtigung der Finanzbehörde zum Verkauf der von den Erbschaften Oldenburg und Wismar zu Jhaelsdorf zu erwerbenden Ländereien. Gewährung von Kriegsteuerzuschüssen an die Verheiratete verchiedener Stufungs- und Witwenkassen. (Kosten 18891,81 Mark.)

Bessere Versorgung der Kriegsschädigten. Das Kriegsministerium verleiht ein Rundschreiben an die Presse, in dem auf einige in der letzten Zeit getroffene und vielleicht nicht allgemein bekannte Maßnahmen hingewiesen wird, welche die Lücken der jetzigen Kriegsschädigten für Sorge ausgleichen sollen. Das Rundschreiben geht davon aus, daß das Mannschaftenversorgungsgesetz vom 31. Mai 1906 sich gegenüber den durch den Krieg geschaffenen Verhältnissen vielfach als unzureichend erwiesen hat.

Durch die neugetroffenen Maßnahmen wird zunächst der Kreis der Personen erweitert, die Berechtigungen zur Versorgung beziehen. Während das Mannschaftenversorgungsgesetz in der Hauptsache nur äußerlich Schwerverletzten die Versorgungszulage von 27 Mk. monatlich zubilligte, soll sie jetzt auch den innerlich Schwererkrankten zugewilligt werden. Ferner soll Versorgungszulage gewährt werden bei Störungen der Beweglichkeit und der Gebrauchsfähigkeit beider Hände, Arme, Füße oder Beine, die in ihrer Gesamtwirkung dem

Verlust einer Hand, eines Armes usw. gleich zu achten sind, ebenso bei Halbblindheit und schließlich bei schweren Gehör- und Hörschwerhörigkeiten, die in Bezug auf Schonung oder Hilfebedürftigkeit dem Zustande des Pflegebedürftigen nahesteht. (Zum Beispiel bei schweren Folgezuständen nach Kopfschüssen, bei Verletzungen des Unterkiefers, die künstliche Ernährung oder ausschließlich flüssige Kost notwendig machen, bei schweren inneren Leiden, die durch besondere Schonungsbedürfnis die Lebenshaltung außergewöhnlich erschweren.)

Kann bei einer Verletzung oder Erkrankung Dienstbeschädigung bzw. Kriegsschädigung nicht festgestellt werden, weil das Leiden mit dem Militärdienst zweifellos in keinerlei Zusammenhang steht, so wird — jagt das Rundschreiben des Kriegsministeriums — der Kranke keineswegs kürzere Hand ohne jede Versorgung entlassen, sondern es kann ihm eine bedingte Rente gewährt werden. Die für die Bewilligung solcher bedingten Renten bisher bestehenden Einschränkungen, daß der Betreffende längere Zeit im Dienst gewesen und mindestens 30 Prozent erwerbsunfähig sein mußte, sind bis auf weiteres fallen gelassen worden.

Den Kriegsschädigten, die trotz eifriger Bemühungen und trotz Inanspruchnahme der Kriegsfürsorge nicht ihr früheres Arbeitsverdienst wieder erreichen, kann ein Teil des Schadens durch Zufahrenen ersetzt werden. Schließlich wird in den Fällen, in denen entlassene Mannschaften trotz ihrer gewährten Versorgungsbemühungen ohne Verschulden in bedrängte wirtschaftliche Lage geraten, durch Gewährung einmaliger oder auch laufender Unterstützung geholfen.

Es ist zuzugeben, daß durch diese Bestimmungen einige Härten des Mannschaftenversorgungsgesetzes gemildert werden. Ausreichend sind diese Bestimmungen aber bei weitem nicht. In allen Dingen ist notwendig, daß die Renten unverzüglich um das Maß erhöht werden, wie es dem gesunkenen Geldwert entspricht. Die rheinische Statistik, monath die völlig erwerbsunfähigen Kriegsschädigten sich und ihre Familie mit durchschnittlich 67,50 Mk. monatlich ernähren müssen, sollte noch nicht vergessen sein. Solange die Renten nicht ganz allgemein erhöht werden, läßt sich die Not unter den Kriegsschädigten nicht ausrotten.

Statistischer Monatsbericht über die Stadt Lübeck im Monat November. Die natürliche Bevölkerungsbewegung war im abgelaufenen Monat folgende (die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf das Vorjahr): es betrug die Zahl der Eheschließungen 81 (34), Geburten 88 (106), Sterbefälle 161 (153). Die Geburten nahmen gegen das Vorjahr um 27 und die Sterbefälle um 8 zu, die Geburten dagegen um 18 ab, es ergab sich also ein Rückgang der Bevölkerung um 73 (47) Köpfe. Unter den Geborenen waren 13 oder 14,8 Proz. (16 oder 15,1 Proz.) unehelich und 5 oder 5,7 Proz. (3 oder 2,8 Proz.) tot. Das Alter der Gestorbenen betrug in 17 (13) Fällen unter 1 Jahr und in 35 (43) Fällen über 70 Jahre. Todesursache war in 21 Fällen Lungenerkrankung und andere Krankheiten der Kreislauforgane, in 20 Fällen Tuberkulose, in 13 Fällen Krankheiten der Kreislauforgane, in 10 Fällen Magen- und Darmkatarrh, Atrophie, Brechdurchfall und ebenfalls in 10 Fällen Krebs. Anstößende Krankheiten erlitten 13 Personen, und zwar starben 11 an Diphtherie und 2 an Ruhr. Anzeigepflichtige Krankheiten wurden 175 gemeldet. 152mal Diphtherie (darunter 14 Soldaten), 9mal Scharlach, 9mal Typhus, 4mal Malaria und 1mal Ruhr. Gewalttamen Todesenden 8 Personen und zwar durch Vergiftung. Unter den Gestorbenen waren 14 Kriegsteilnehmer.

Die Abfindung von Kriegswitwen bei Wiederverheiratung. Ueber die Abfindungssumme an Kriegswitwen im Falle der Wiederverheiratung haben die Erfahrungen und die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse zu neuen Bestimmungen durch das Kriegsministerium geführt. Die Frage des Bedürfnisses ist in möglichstster Weise ohne jede Engbegrenztheit zu prüfen, um die Wiederverheiratung zu erleichtern. Keinliches Eindringen in die Privatverhältnisse, namentlich des Bräutigams oder eines Ehemannes ist zu vermeiden. Es wird von der Forderung eines bestimmten Verwendungsnachweises im einzelnen abgesehen. Es genügt, wenn eine nützliche und zweckdienliche Verwendung der Abfindungssumme, selbst erst für später, gewährleistet erscheint. Die bewilligte Summe gilt als Vorbehalt für den Fall, daß später eine gesetzliche oder anderweitige Regelung der Angelegenheit mit rückwirkender Kraft eintritt. Dies schließt die spätere Nachzahlung der Restsumme nicht ohne weiteres aus. Wenn der Ehemann sich zur Zeit der Verheiratung mit der Kriegswitwe im Heeresdienst befindet, so soll dies an sich kein Grund für die Ablehnung des Bedürfnisses sein. Es empfiehlt sich aber dann, einen angemessenen Teilbetrag des Geldes bis zur Rückkehr des Ehemannes aus dem Felde für dessen Wirtschaftsbedarf beim Uebergang in die Friedensverhältnisse sicher anzulegen.

Bisher wußte sowohl die Kriegswitwe als auch der Mann, der sie heiraten wollte, nicht recht, woran sie waren. Nicht selten wurden Heiraten geschlossen, die mit aufgebaut waren auf die Abfindungssumme, die später nicht zur Auszahlung gelangte, weil die erforderliche Bedürftigkeit nicht als vorliegend angenommen wurde. Manche Witwe hätte vielleicht wieder geheiratet, wenn sie Aussicht hätte, an Stelle der Hinterbliebenenrente wenigstens die Abfindungssumme zu erhalten. So haben alle nur nachteil der Staat und die Witwe.

Aus dem Gerichtsfaal. Auf Ränderwaren, Schweine, Rind- und Ferkel hatten es die Arbeiter Br., W., Ma., St. und der Schlachter M. vor allem abgesehen, die sich am 21. Dezember vor der hiesigen Strafkammer wegen einer ganzen Reihe von Diebstählen zu verantworten hatten. Im Februar durchdrangen sie die Mauer der Ränderwaren der Witwe Schütt im Pasingen und entwendeten 2 Schinken, 2 Speckseiten, 2 Schulkern und 7 Weitzwürste. Die Beute wurde geteilt. Br. und W. hatten dann der Ränderwaren des Arbeiters Haß in Warnsdorf einen Besuch ab, wobei ihnen gleichfalls Ränderwaren in die Hände fielen. Ma. stand dabei Schmiere. Später wurde der Witwe Green in Moisling ein Schwein gestohlen und gleich im Stall abgeschlachtet. Einige Wochen darauf schlachten sie der gleichen Frau wiederum 3 Schweine, die sie auch im Stall abgestochen. Eine Anzahl Einbruchdiebstähle bei denen ihnen Wurst, Speck und Butter in die Hände fielen, verübten Br., W. und St. in den Monaten Juni und Juli. Im September entwendeten Br., W. und Ma. bei Wehde in Jhaelsdorf wiederum zwei Schweine, die sie an Ort und Stelle schlachteten, Br. und W. erbeuteten in Pasingen 7 Enten und 3 Hühner, die das Schicksal der Schweine erlitten. Dem Gutsbesitzer Betting in Brandenbaum schlachten sie einen jungen Bullen von der Koppel und schlachteten ihn im nahen Gehölz. Auch entwendeten Br. und W. dem Kaufmann Wetter Kognak, Honig, Butter und Butter. Nun erweist sie alle ihr Schicksal. Das Gericht verurteilte Br., W. und Ma. zu 4 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust, Ma. zu 1 1/2 Jahren und St. zu 9 Monaten Gefängnis.

Die Herausgabe von Güterwagen ist eine häufige Erscheinung in diesem langen Jahre. Wegen solcher Straftat hatten sich hier am 21. Dezember die Wagenheber D., J., R., W., A. und der Stredenarbeiter F. zu verantworten, die bei der Lübeck-Büchener Eisenbahn tätig waren. Sie haben ein ganzes Lager entwendeter Waren zusammengebracht und in einem Last auf dem Hofe des Stredenarbeiters verborgen. Man fand dort Butter, Zucker, Kaffee, Wurst, Speck, Schinken, Schokolade, Gänse, Hum, Wein, Zigarren und Sitteln. Auf Grund der Beweisaufnahme verurteilte das Gericht J. und R. zu je 8 Monaten, F. und D. zu je 6 Monaten, W. zu 2 Monaten Gefängnis wegen einfacher Diebstahls. A. erhielt wegen Hehlerei 3 Monate Gefängnis. Drei Räder gestohlen hat der frühere Landwirt, jetzige Privatmann H. G., und zwar entwendete er nachts eine Kuh dem Schlachtermeister Schulte in Cuttin; eine zweite den Erben des Delonmertes Bruhn in Redingsdorf und die dritte dem Landmann Warne in Köbel. Von diesem entwendeten Hornvieh verurteilte er ein Stier, ein anderes erhielt sein Schwager

Das dritte Kieß er wieder laufen, als ein Bekannter ihn traf. Das Urteil lautete auf 1 Jahr Gefängnis.

**Weihnachten im Schnee.** Das Wetter war während der Weihnachtstage sehr veränderlich. Während es am Christabend regnete und sehr unangenehm auf den Straßen war, trat in der Nacht zum ersten Weihnachtstage Frost ein, was naturgemäß Glätte zur Folge hatte.

**Städtischer Wohnungsnachweis.** Es ist festgestellt worden, daß die nach der Polizeiverordnung vom 7. d. M. vorgeschriebene Anmeldung von Wohnungen und Wohnräumen mit einem Jahresmietwert bis zu 800 M. nicht in jedem Falle erfolgt ist.

**vb. Haustheater.** „Kinder, amüsiert Euch!“ Eine der letzten Operetten aus der Vorkriegszeit hat sich das Haustheater als Schlager erforscht. Die 8 Akte bergen eine ganze Menge mehr oder weniger sinniger Handlung, geistliche und profane Melodien und eine ganze Anzahl Tänze, die das Auge erfreuen.

**Vereinigung von Feuerversicherungs-Gesellschaften.** Die Württembergische Feuerversicherungs-Gesellschaft hat mit der Lübecker Feuerversicherungs-Gesellschaft von 1896 A. G. in Lübeck unter Zustimmung der beiderseitigen Generalversammlungen und mit Genehmigung des Kaiserlichen Aufsichtsamts für Privatversicherung einen Vertrag wegen Vereinigung der beiden Anstalten abgeschlossen.

**Hamburg. Grabstätten-Händler.** Von hier wird der „Berliner Volkszeitung“ geschrieben: Von den Lebensmitteln und Dingen, die man zum täglichen Bedarf gebraucht, sind die Kriegshändler jetzt auf ein neues Gebiet übergegangen: Grabstätten! Es klingt fast ungläublich, ist aber doch wahr, daß nämlich die Großhändler, besonders diejenigen, denen der Krieg neue Geldsäcke zuführt, vormals ihre eigenen Grabstätten ankaufen, daß sie sich dabei gegenseitig überboten und durch Tausch- und eine Art Schleißhandel sich besonders großartige Grabstätten erwerben.

Anverwandten tragen, während die Sterbedaten noch darauf unangefüllt bleiben müssen. Viele hübsche Stellen des Waldfriedhofes und Urnenhains in Ohlsdorf zeigen prunkhafte Grabdenkmäler; oft leuchtet schon in Goldbuchstaben das ganze Lebensbild der noch glücklich Lebenden. Der Friedhofsbesucher kann hier manchen anspruchsvollen Geist, manchen auf Neugierlichkeiten häufig bedachten Witmenmenschen kennen lernen.

**Kostlos.** Medienburgisches aus großer Zeit. In der ehrbaren Stadt Rostock sind sämtliche Personen von Adel sowie die Angestellten der medienburgischen Stände im Gegenstande zu allen übrigen Einwohnern von den kommunalen Steuern befreit! Das bedeutet für den Rostocker Stadtkreis einen jährlichen Ausfall von mindestens 100 000 M.

**Oldenburg.** Der Landtag ist in die Weihnachtsferien gegangen, nachdem am Freitag die Vorschläge der Klassen der drei Landesteile in zweiter Lesung unter Dach und Fach gebracht worden waren und auch die Vorlage über die Teuerungszulagen der Beamten und Staatsarbeiter so angenommen worden ist, wie sie in der ersten Lesung gestaltet worden war.

**Verlobungsringe.** Verlobungsringe, Taschenuhren, Schmucksachen. Willi Westfahl. 32 Holstenstrasse 32. **Bilderleisten.** Oscar Tauchnitz, Glashandlung, Fleischhauerstr. 35. Fernruf 2808. **Stadttheater.** Donnerstag, d. 27. Dez. 1917. Abends 7 Uhr: **Hans Heiling.** Freitag, den 28. Dezbr. 1917. Abends 7 Uhr: **Schauspielgemeinde: Dyckerpotts Erben.** (1ste Partie.) Sonnabend, d. 29. Dezbr. 1917. Nachmittags 3 Uhr: **Peterchens Reise ins Märchenland.** Sonntag, den 30. Dezbr. 1917. Nachm. 2 1/2 Uhr: **Peterchens Reise ins Märchenland.** Abends 6 1/2 Uhr: **Margarethe.**

Striktsdieners mit Einkommen über 2300 Mark beschlossen worden ist. Der Landtag hat sicher nicht die Absicht gehabt, diese Maßnahme auch bei den Arbeitern und Angestellten, die nicht die Vorteile der Zivildienstleistungen genießen, zu treffen. Abgesehen von dem Zusammenstoß, den unsere Parteigenossen mit dem Finanzminister Gräpel hatten wegen der Organisations- und Lohnfrage der Eisenbahner ist die Tagung ruhig, ja etwas schläfrig verlaufen. Der Krieg wirkt auch auf die parlamentarische Erschlaffung. Die am 19. Februar 1918 beginnende Tagung wird sich lebhafter gestalten. In ihr kommen die Anträge der liberalen Fraktion zur Beratung, die für eine Neuorientierung der Rege ebnen sollen; dazu auch der sozialdemokratische Antrag über die Lebensmittelversorgung, der bei allen Fraktionen lebhaftes Interesse erweckt hat.

### Neueste Nachrichten.

**Berlin, 27. Dezember.** (Amtlich.) Neue U-Boot-Erfolge im Sperrgebiet um England: 21000 Briten-Tonnen. Von den versenkten Schiffen wurden vier Dampfer in der Nordsee vernichtet. Drei davon, die tief beladen waren, wurden aus stark gesicherten Geleitzügen herausgeschossen. Zwei der Dampfer waren bewaffnet und englischer Nationalität. Ein anderer bewaffneter Dampfer fuhr unter englischer Kriegsflagge, war demnach ein englisches Hilfskriegsschiff. Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

**Berlin, 27. Dezember.** Der Berliner „Vokal-Anz.“ schreibt: In der neutralen und englischen Presse ist Friedrich ein Führer nach der Richtung aufgeleitet worden, Elsaß-Lothringen zu neutralisieren, um das vermeintliche Hindernis eines allgemeinen Weltfriedens aus dem Wege zu räumen. Demgegenüber sei auf die Reichstagsdeklaration des Staatssekretärs v. Rühlmann hingewiesen, wonach es für uns eine Elsaß-Lothringische Frage in irgendwelcher Form nicht gibt.

**Basel, 26. Dezember.** Nach einer Petersburger Sabotage-Meldung wird aus ungenügender Quelle berichtet, das Sekretariat der Ukraine veröffentlichte ein Manifest, in dem erklärt wird, das Sekretariat habe sich mit dem Waffenstillstand an der ukrainischen Front befaßt und erkenne den Waffenstillstand des Sowjet an.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ sind die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Köwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stellin. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Gänzlich in Lübeck.

Wer gold befallt, verbummelt im Sande. *W. Westfahl*

**Bekanntmachung.** Es ist festgestellt worden, daß die nach der Polizeiverordnung vom 7. d. M. vorgeschriebene Anmeldung von Wohnungen und Wohnräumen mit einem Jahresmietwert bis zu M. 800. nicht in jedem Falle erfolgt ist. Es wird daher die Beachtung der genannten Verordnung unter Hinweis auf die darin enthaltene Strafbestimmung in Erinnerung gebracht. Lübeck, den 27. Dezember 1917. (4296) Der amtliche Wohnungsnachweis. Mengstraße 28, I. Fernrufnummer 625.

**Anny** im 10. Lebensjahre, kurz vor dem so sehnlichst erwarteten Weihnachtsfest. Sie heuert und schmerzlich vermisst von mir, ihren Brüdern sowie allen Verwandten. Frau Emilie Stolle geb. Effinger. August, Carl und Hans Stolle. B. Effinger und Frau. Ww. Cath. Stolle geb. Drews. August Drews und Frau. Fr. Schinck und Frau geb. Effinger. H. Ahrens, z. Zt. im Felde, und Frau geb. Effinger. Emil Effinger, z. Zt. im Felde, und Frau, geb. Wulff. Carl Effinger, z. Zt. im Felde, und Frau geb. Adam. Willy Effinger, z. Zt. im Felde. Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 29. Dezember statt. Beginn der Trauerfeier morgens 7 1/2 Uhr in der Burgor-Kapelle. (4280)

Am 24. Dezbr. erlitt ich nach längerem schwerem Leiden im Deutschen Heilhof unter Heiler Vater, Schw. erweiter, Großvater und Sawager, der früh r. Zücker (4281) **Heinrich Richter** im 67. Lebensjahre. Tief betrauert von seinen Kindern und allen Angehörigen. **Friedrich Potenberg n. Frau geb. Richter.** **Henny Blum Ww. geb. Richter.** Lübeck, 24. Dez. 1917. Auferst. am 16. I. Die Trauerfeier beginnt am Montag, 31. Dez., 9 1/2 Uhr, in der Burgor-Kapelle.

Nach längerem, im Geduld ertragener Leiden starb am Montag im Allgemeinen Krankenhaus meine liebe Frau, meiner Kinder treuversorgende Mutter, unsere liebe Tochter, Schwester, Sawagerin und Zante **Maria Busch** im 44. Lebensjahre. In ihrer Trauer (4288) **Heinrich Busch** und alle Angehörigen. Die Trauerfeier findet am Sonnabend, dem 29. Dezember, nachmittags 4 Uhr, in der Kapelle des Bremer Friedhofes statt.

**Kräftige Arbeiterinnen** gemäß **Öffentlicher Arbeit-nachweis** Abteilung für Frauen und Mädchen (1-28) Mengstraße 28.

**Kriegsfüchsen.** Von jetzt ab Mittwoch und Freitag Kleinfarte mitbringen. Am Montag, dem 31. Dezember, eine Ausgabe von Abendpost. **Verlobungsringe Taschenuhren Schmucksachen Willi Westfahl** 32 Holstenstrasse 32

**Bilderleisten einrahmungen** Oscar Tauchnitz, Glashandlung, Fleischhauerstr. 35. Fernruf 2808.

**Stadttheater.** Donnerstag, d. 27. Dez. 1917. Abends 7 Uhr: **Hans Heiling.** Freitag, den 28. Dezbr. 1917. Abends 7 Uhr: **Schauspielgemeinde: Dyckerpotts Erben.** (1ste Partie.) Sonnabend, d. 29. Dezbr. 1917. Nachmittags 3 Uhr: **Peterchens Reise ins Märchenland.** Sonntag, den 30. Dezbr. 1917. Nachm. 2 1/2 Uhr: **Peterchens Reise ins Märchenland.** Abends 6 1/2 Uhr: **Margarethe.**

**Kranken- u. Sterbende gewerbl. Arbeiter.** **General-Versammlung** am Montag, dem 28. Januar 1918 abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52. Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 3. und 4. Quartal 1917. 2. Wahlen nach § 17 der Satzung. 3. Abänderung des § 8, Ziffer 5, § 11, Ziffer 1, § 13, Ziffer 1 und § 12. Absatz 1 der Satzung. 4. Antrag vom Vorstand und Aufsichtsrat über eine ev. Erhebung eines 14. Wochenbeitrages im Vierteljahr. 5. Berichtete Kassenangelegenheiten. Die Versammlungen, welche am Montag, dem 19. und am Donnerstag, dem 22. November stattfanden, in welchen die beiden Punkte 3 und 4 zur Verhandlung standen, waren nicht beschlußfähig und findet deshalb die Beratung über die beiden Punkte in dieser Versammlung statt. Derselbe ist ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden beschlußfähig. Mitgliedsbücher sind vorzulegen. Der Vorstand. (4285)

**Alle Arbeiter** kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei **Otto Albers** Markt 4, Kohlmarkt 10. Mitgl. des Rab.-Sparv. Lübeck.

**Täglich großes Konzert.** Restaurant **Im goldenen Apfel** Schmiedestr. 1. Es ladet ergebenst ein **H. Böttcher.** (4286)

**Rechnungs-Formulare** werden hergestellt in der Buchdruckerei „Lüb. Volksbote“ Johannisstraße 46.

**Theater für die Jugend.** Neue Puppenspiele (4287) im Marmorsaal des Stadttheaters Sonntag, den 30. Dezember und Dienstag, den 1. Januar 1918 nachmittags 4 Uhr: **Rotkäppchen.** Preise der Plätze: I. num. 75 Pfg., II. num. 50 Pfg., III. 30 Pfg. Vorverkauf: Von 9-1 Uhr in der Musikalienhandlung von Ernst Robert, Breite Straße.

**Hansa-Theater.** Heute, abends 7 Uhr: **Kinder amüsiert euch**

**Gesucht ein Schulmädchen** für kleine hässliche Arbeiten. (4289) **Kinderwagen u. Sportwagen** (4288)

Für die Unterbringung von den Arbeitern der Lübecker Schiffbau-Gesellschaft lade ich meinen besten Dank. (4279) **Frau Warncke.**

## Der Schleichhandel vor dem Ernährungsbeirat.

Eine Verteidigung des „Systems Waldow“.

Der Ernährungsbeirat des Kriegsernährungsamtes hat sich in seiner Sitzung vom 21. d. M. mit allgemeinen Fragen der Bekämpfung der Güterverschleppungen im Schleichhandelswege, sowie insbesondere mit der bekannten Denkschrift des Magistrats zu Neukölln.

Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes von Waldow nahm Gelegenheit, die Angriffe richtig zu stellen, welche im Anschluß an die genannte Denkschrift gegen ihn als den derzeitigen Leiter des Kriegsernährungsamtes erhoben worden sind. Er führte aus, daß es unrichtig sei, von einem Zusammenbruch des Systems Waldow zu sprechen und ihm zu unterstellen, daß er die in der Denkschrift erörterten Zustände verschuldet oder gebildet habe. Das in der Presse angegriffene System sei das der Festhaltung von Höchstpreisen und der Zwangsbewirtschaftung der wichtigsten Nahrungsmittel. Dieses System habe uns dreieinhalb Kriegsjahre hindurch gestützt und in unserer Lebensmittelversorgung gesichert und müsse, solange unsere Absperrung vom Weltmarkt fortdauere, beibehalten werden. Auch im neutralen und feindlichen Ausland habe niemand ein anderes Mittel gefunden, um mit geringen Mengen an Nahrungsmitteln eine möglichst gleichmäßige Verteilung durchzuführen. Auch der Schleichhandel sei nicht erst in den Zeiten seiner Amtsführung entstanden oder in die Erstzeitung getreten. Es müsse allerdings zugegeben werden, daß er im vierten Kriegsjahre einen Umfang angenommen habe, der die allgemeine Versorgung mit Nahrungsmitteln zu gefährden drohe. Es sei daher von Beginn seines Amtsantrittes an sein ernsthaftes Bestreben gewesen, diesem Uebel nach Mäßigkeit zu steuern. Dieses Bestreben habe zu einer Reihe von Maßnahmen geführt, die teils schon erfolgt, teils schon seit längerer Zeit in Vorbereitung seien. Er erwähne als solche eine von ihm als preussischer Staatskommissar erlassene Anweisung an die Regierungspräsidenten, die örtlichen Polizeistellen anzuhaltend, mit allen Mitteln gegen bekannt gewordene Verschleppungen, von welcher Stelle sie auch ausgehen möchten, einzuschreiten und die Staatsanwaltschaft in ihren Ersuchen, Ermittlungen vorzunehmen, mit allen zu Gebote stehenden Kräften zu unterstützen. Seit Oktober sei eine Bundesratsverordnung in Vorbereitung, welche den gewerbmäßigen Schleichwucher, der auch schon von der allgemeinen öffentlichen Meinung als verächtlich und Vaterlandsverräterisch betrachtet werde, unter besonders schwere Strafbestimmungen stellt. Die Unregelmäßigkeit in Hinsicht auf die Ausstellung von Saatkarten würden durch neue Kontrollarten verhindert werden. Die in nicht unerheblichem Umfang vorkommende Verschleppung von Schlachtvieh auf dem Wege des Zug- und Auftriebhandels werde im Einverständnis mit dem preussischen Eisenbahnminister durch strenge behördliche Überwachung unmöglich gemacht werden. Auch bei der allgemeinen Verhinderung unzulässiger Verschleppung von Nahrungsmitteln erwarte er die tatkräftige Mithilfe des preussischen Eisenbahnministers und der Landeszentralbehörden der anderen Bundesstaaten. Die preussischen kommunalen Aufsichtsbehörden seien angewiesen, etwa bekannt werdende Verschleppungen von Kommunalverbänden mit aller Schärfe zu verfolgen. Er verspreche sich von diesen Maßnahmen eine wirksame Eindämmung und eine Beseitigung der schlimmsten Auswüchse des Schleichhandels und der Schleichverforgung. Wenn durch die allgemeine Bekämpfung des Schleichhandels gewisse Volksteile zeitweilig auf Sonderbelieferungen, an welche sie sich gewöhnt hätten, würden verzichtet müssen, so erwarte er von deren patriotischen Gefinnung, daß sie das ertragen würden. Es sei zu hoffen, daß gerade infolge der Eindämmung des Schleichhandels und der zunehmenden schärferen Erfassung der Vorräte auf dem Lande, weiterhin ein Ausgleich werde gegeben werden können. Die Erfassung der Vorräte sei tatsächlich in keinem Wirtschaftsjahre so scharf gehandhabt worden wie im laufenden. Er erinnere nur an die Verschärfung der Verordnung über Speisekarte und die jetzt in der Durchführung begriffene Aktion zur Erfassung aller Getreidevorräte gegebenenfalls durch Zwangsausdruck und zwangsweise Fortnahme. Es sei seit Amtsantritt sein Bestreben gewesen und werde auch künftighin sein Bestreben sein, den Zutritt der Verbraucher, insbesondere in den Großstädten und großen Industriezentren in größtmöglicher Maße Rechnung zu tragen. Auch in dieser Hinsicht könne von einer Aenderung des Systems nicht die Rede sein.

Nach längerer Ausdrücke erklärte sich der Ernährungsbeirat mit den grundsätzlichen Ausführungen des Staatssekretärs sowie mit den von ihm getroffenen und beabsichtigten Maßnahmen gegen

den Schleichwucher und den Schleichhandel einverstanden. Der Ernährungsbeirat stellte ferner fest, daß er mit dem Staatssekretär und den Vorstandsmitgliedern des Kriegsernährungsamtes darin einig sei, daß die Aufhebung der öffentlich-rechtlichen Bewirtschaftung des Ernährungswesens während der noch bevorstehenden Dauer des Krieges ausgeschlossen ist.

Bezüglich der Neuköllner Denkschrift führte der Staatssekretär weiterhin aus, diese könne nur richtig verstanden und gewertet werden, wenn man die Zusammenhänge in Betracht ziehe, unter denen sie zustande gekommen sei. Der Magistrat Neukölln sehe unter dem Eindruck eines seit längerer Zeit schwebenden Verfahrens wegen Uebertretung der Saatgutverordnung seitens der Gemeinde. Der Gedanke sei jetzt nicht von der Hand zu weisen, daß die Denkschrift die Absicht verfolgte, durch Hinweis auf die Verschleppungen anderer die eigenen Verschleppungen zu entschuldigen. Die Denkschrift enthalte eine Reihe von Unrichtigkeiten und unzutreffenden Verallgemeinerungen. Insbesondere lehnten maßgebende Vertretungen anderer Groß-Berliner Kommunalverbände es in entschiedener Weise ab, mit Neukölln auf die gleiche Stufe gestellt zu werden. Die Denkschrift befände sich bereits in den Händen der Staatsanwaltschaft, welche den einzelnen dort erhobenen Beschuldigungen nachzugehen und rücksichtslos gegen alle Verschleppungen einschreiten werde.

Wir haben den amtlichen Bericht über die Sitzung des Ernährungsbeirates wörtlich wiedergegeben, um nichts zu unterlassen, was die Haltung des Kriegsernährungsamtes zu den angelegten Mißständen bei der Volksernährung in einem günstigen Lichte erscheinen lassen könnte. Aber auch bei der größten Bereitwilligkeit, Herrn v. Waldow Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, kommt man gerade aus seinen eigenen Darlegungen nicht über den peinlichen Eindruck hinweg, daß er der Schwierigkeiten seiner Aufgabe nicht Herr werden konnte. Herr v. Waldow flieht von der Verantwortung über; er hat Maßnahmen gegen den Schleichhandel, dessen bedrohlichen Umfang er nicht leugnen kann, in Vorbereitung; er fordert das Einschreiten der örtlichen Polizeistellen; er bereitet abermals seit Oktober eine Bundesratsverordnung gegen den gewerbmäßigen Schleichwucher vor; er stellt neue Kontrollmaßnahmen bei der Ausstellung von Saatkarten in Aussicht; er will die Verschleppung von Schlachtvieh unmöglich machen usw. Das alles soll erst noch kommen. Man muß dagegen die Frage aufwerfen, was bisher schon getan worden ist. Das Ergebnis ist selbst nach der offiziellen Darlegung im höchsten Grade dürftig. Vor allem läßt sich nicht bestreiten, daß die Lage für die Verbraucher, denen Herr v. Waldow sein Wohlwollen verbürgert, unter seiner Leitung schlimmer als bisher geworden ist. Die Dinge werden nicht besser dadurch, daß Herr v. Waldow dem Neuköllner Magistrat, der der Sache die Schelle umgehängt hat, mit dem rücksichtslossten Einschreiten der Staatsanwaltschaft droht. Wir stimmen natürlich mit Herrn v. Waldow und mit dem Ernährungsbeirat durchaus darin überein, daß eine Aufhebung der öffentlich-rechtlichen Bewirtschaftung des Ernährungswesens während des Krieges ausgeschlossen sein muß, aber wir vermüssen die feste Hand des Staatssekretärs den Produzenten gegenüber. Gerade in dieser Beziehung ist er merkwürdig zurückhaltend; man erfährt nichts über die Haftverträge für Kartoffeln. Und wenn Herr v. Waldow stolz auf die Verschärfung der Verordnung über die Speisekarte hinweist, so müssen wir ihm leider antworten, daß der Erfolg die Herabsetzung der wöchentlichen Ration auf 62½ Gramm ist. Mit allgemeiner Entschuldigungen ist es ebenso wenig getan wie mit dem Kauf nach dem Staatsanwalt. Die zu immer schlimmeren Entbehrungen benötigten Konsumenten wollen sich nicht mit Worten abweisen lassen, sondern Taten sehen. Daran hat es Herr v. Waldow bisher fehlen lassen.

### Der Neuköllner Magistrat gegen Waldow.

Auf die Rede des Staatssekretärs v. Waldow im Ernährungsbeirat erwidert der Neuköllner Magistrat: „Es ist durchaus zutreffend, wenn Herr v. Waldow behauptet, daß die Denkschrift der städtischen Verwaltung eine Folge des gegen den Magistrat eingeleiteten Strafver-

fahrens wegen widerrechtlichen Erwerbes von Saatgetreide ist. Die Denkschrift ist lediglich auf Anregung aus der Stadtverordnetenversammlung entstanden. Die Schrift belegt im wesentlichen nur, was in den öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung Groß-Berlins schon oft gesagt worden ist, mit den tatsächlichen Angaben. Wenn Neukölln sich in der Denkschrift selbst beschuldigt, Höchstpreise überschritten zu haben, so ist dies geschehen, weil die Stadt nicht das Recht zu haben glaubt, andere Gemeinden anzugeben. Aus den amtlichen Darlegungen geht hervor, daß dem Kriegsernährungsamt die außerordentlichen Ueberschreitungen der Höchstpreise durch die Rüstungsindustrie längst bekannt waren. Bisher ist es aber dem Amt nicht eingfallen, mit Hilfe des Staatsanwaltes dagegen einzuschreiten, daß die Kriegsindustrie sich des Schleichhandels in ausgiebigster Maße bedient.“

Der Ernährungsbeirat des Reichstages beschäftigte sich am 22. Dezember mit den Fragen über Brotgetreide und die Fleisch- und Kartoffelversorgung. Hierzu lag eine Entschleunigung der sozialdemokratischen Mitglieder des Ernährungsbeirates vor, die u. a. verlangte, die vorhandenen Erntevorräte durch besondere Überwachungsmaßnahmen vor der Gefahr unbefugten Eingreifens zu sichern. Zur Erreichung des Zieles wurde die Einrichtung besonderer Kommissionen bei den Kriegswirtschaftsstellen vorgeschlagen, deren Mitglieder teilweise aus den Verbraucherkreisen (Gewerkschaften und Angestelltenverbände) entnommen werden sollten. Diese sollten die Aufgabe haben:

1. Die Abkürzung und Verteilung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse im Bezirk der Kriegswirtschaftsstellen zu überwachen und für die Abgabe des Ueberflusses Sorge zu tragen.
  2. Mit Hilfe des militärischen Dreiß- und Abfuhrkommandos einen förmlichen Ausdruck und eine schnelle Abfuhr des Getreides in die Wege zu leiten.
  3. Zu ermitteln, ob innerhalb der einzelnen Wirtschaftsbezirke die Viehhaltung im richtigen Verhältnis zu den vorhandenen Futtermitteln steht, wobei das unbedingt erforderliche Span- und Mughvieh erhalten bleiben soll.
  4. Den Saatgutverkehr streng überwachen.
- Außerdem enthält die Entschleunigung den Vorschlag, die Geschäftsführung der Kriegsgesellschaften in der Weise einer besonderen Überwachung zu unterwerfen, daß die Vertreter der Verbraucherkreise in den Aufsichtsrat der Kriegsgesellschaften berufen und die Geschäftsberichte der Kriegsgesellschaften halbjährlich dem Hauptausführer und dem Ernährungsbeirat des Reichstages vorgelegt werden.

Diese Entschleunigung wurde von der Mehrheit des Beirates dem Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes zur Berücksichtigung und, soweit sie die Vorschläge über die Bildung der Kommissionen betrifft, zur Ermöglichung überwiegen. Die einstimmige Annahme erfolgte der Antrag, nach dem aus den zur Verfügung der Reichstages stehenden Referendaren halbmöglichst eine Erhöhung der Kartoffelration bei den Schwer- und Schwerstarbeitern sowie die Beilegerung von Massenpeinigungen herbeigeführt werden soll.

Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes sagte zu, der Erfüllung dieses Wunsches näher zu treten, sobald die Witterung und die Transportlage gestatten, die dafür erforderlichen erhöhten Kartoffelmengen den Bezugsbezirken zuzuführen.

### Für die Friedensdemonstrationen

erließ die sozialdemokratische Partei Dänemarks folgenden Aufruf:

„In der Schwelle des Weihnachtsfestes, der Feiertage zu Ehren des Friedensfürsten, ruft die dänische Sozialdemokratie das Volk zur Kundgebung des Friedenswillens auf. Dreimal hat Europas Volk beim Kanonengebrüll im Osten, Westen und Süden gefeiert. Dreimal hat Europas Jugend- und Manneskraft Weihnachten in den Schützengräben verbracht in Gesellschaft immer genialerer Mordmaschinen, im Scheine brennender Städte, im Herzen hange Ahnungen für die Dabeimgehenden, die Jahr für Jahr Sorge, Not und Entbehrungen tragen müssen. Drei Jahre lang haben die besten Köpfe der hervorragendsten Kulturvölker der Welt nur darüber gegrübelt, in welcher Weise der Weltkrieg am besten durchgeführt werden könnte! Und unterdessen haben die Völker unendlich gelitten, geistig wie körperlich, haben ihre Toten gegählet, ihre Entbehrungen getragen — und darauf gehofft, daß es bald ein Ende nehmen möge.“

## Die Rheider Burg.

Erzählung von Levin Schüding.

33. Fortsetzung.  
Sibylle hatte unterdessen ihr bleiches von Gram gezeichnetes Gesicht der Gestalt des im Garten stehenden Richard zugewendet. „Der Deserteur!“ jagte sie halb laut, „der Deserteur ist das nicht — Herr des Himmels!“ schrie sie dann laut auf, „das ist ja Richard, Richard von Hudarbe.“  
„Wer, Richard?“ rief Ritterhausen und machte eine Bewegung, als wolle er aufspringen, sank aber von einem plötzlichen, seinen Fuß durchdringenden Schmerz an seinen Zustand gemahnt, ächzend zurück.  
„Unterdes war Sibylle der Glaspfort aufgestürzt und mit dem lauten Ruf: Richard! einem marktschreierähnlichen Rufe, in dem alle Angst und alle Not ihrer Seele zu jähren schrien, wollte sie zu ihm in den Garten, ihm entgegenzueilen, als Ermanns zwischen sie und die Tür sprang und sie zurückhielt.  
Sibylle wandte sich ab und sank auf das Kanapee, die Hand aufs Herz gedrückt, totentleibt, die Augen schließend, wie von einer Ohnmacht befangen.  
„Richard zurück?“ jagte Ritterhausen — „und er, sagen Sie, habe bekannt, diesen Epaville ermordet zu haben?“  
„Aus freien Stücken hat er es gestanden,“ versetzte Monsieur Ermanns.  
Ritterhausen schüttelte den Kopf.  
„Ich muß aus meinem eigenen Munde hören, um es zu glauben.“  
„Es tut mir leid, Ihnen diesen Wunsch nicht erfüllen zu können, Herr Ritterhausen,“ antwortete der Polizeibeamte, der während dieser ganzen Szene Ritterhausen über seine Brille her verschloffen, aber sehr aufmerksam beobachtete.  
„Freilich,“ jagte der Hammerbesitzer, „wir haben ja ebenfalls den Grafen ermordet lassen, durch einen Deserteur, wie Sie sagen! Nach Ihrer Ansicht ist er jetzt also doppelt ermordet!“  
Ritterhausen sprach dies mit dem bittersten Hohn.  
„Sollen Sie etwa den Herrn von Hudarbe der Tat nicht fähig?“ fragte Monsieur Ermanns in seiner ganzen Gefasstenheit lebend.  
„Nein!“ antwortete Ritterhausen trocken. „Ebensovienig wie dazu, daß er etwas ausgefagt hätte, was uns beschweren.“  
„Das ist in der Tat auch nicht der Fall,“ bemerkte Monsieur Ermanns. „Ich kann Ihnen darüber jetzt, nachdem, was ich sehe, die beruhigendsten Versicherungen geben. Ueberhaupt, mein Herr Ritterhausen,“ legte der Polizeibeamte mit einem tiefen Seufzer hinzu, „überhaupt hoffe ich, daß Sie inne werden, wie meine Art die Sachen anzugreifen nicht so gar schlimm ist, als Sie glauben.“

Sehen Sie, lieber Herr, Sie nennen mich im stillen einen hinterlistigen Schleicher, einen Falsthen, einen Verräter, einen Nichtswürdigen, der sich durch harmloses Schwagen in das Vertrauen der Leute stellt und sie dann zu verderben sucht mit dem, was sie ihm gutmütig anvertraut haben. Ich weiß das, Sie nennen mich so — leugnen Sie es nicht.“  
Herr Ritterhausen machte keine Miene, als ob er es leugnen wollte.  
„Ich habe,“ fuhr Ermanns fort, „alles was die Politik, mich zunächst mit denen, gegen welche ein Verdacht vorliegt, auf einen feindschaftlichen Fuß zu legen. Man bringt sie dann zum Plaudern, und wenn sie sich auch nicht verraten, so hört man doch, was Geistes Rind sie sind. Es ist eben mein Metier, Ritterhausen: was soll man da machen! Daß meine Manier aber nicht so übel ist, sollen Sie jetzt mir einräumen. Denn sehen Sie, ein anderer hätte bei Ihnen immer stramm und geradeaus weiter inquiriert und dann den Gefassten überlassen, über Ihre Schuld oder Unschuld zu entscheiden. Ich habe anders gehandelt. Ich habe Hudarbe hierher bringen lassen zunächst, um meinen Zweifel zu beseitigen, ob d'her Mensch am Ende vielleicht nicht der oft besprochene Deserteur sei. Ich habe aus Ihren Versicherungen gesehen, daß er es nicht ist. Es ist in der Tat Richard von Hudarbe. Ihr oder vielmehr Ihrer Tochter Betragen hat es mir bewiesen. Und da er die Ermordung eingesteht, so haben wir bloß noch einige Nachforschungen anzustellen, welche uns hoffentlich beweisen werden, daß er mit Ihnen in keiner Verbindung war, seit und nachdem er aus der Fremde zurückkam. Hoffentlich! Nach Ihrem Benehmen bei dem Tode des jungen Mannes und nach dem Benehmen Ihrer Tochter halte ich Sie jetzt für unschuldig, Herr Ritterhausen. Sehen Sie, das sage ich Ihnen jetzt gleich offen heraus. Hätte ein anderer Inquiriert Ihnen das so unumwunden gestanden? Er hätte es nicht getan. Er hätte den Dingen ihren Lauf gelassen. Er hätte sich den Henker darum gescheit, ob Ihr Gemüt noch wochenlang länger unter dem entsetzlichen Druck leide. Ich bin anders, Herr Ritterhausen. Demoiselle Sibylle, schütteln Sie den Schmerz und den Ausbruch von Verzweiflung ab, der auf Ihrem schönen Gesicht liegt. Hören Sie, was ich eben Ihrem Vater sage: ich halte Sie für den Mann, was ich beobachtet, für unschuldig. Für vollständig ohne Teil an dem begangenen Verbrechen. Jener Mensch dort“ — er deutete auf Richard von Hudarbe, der von seinen Gendarmen bewacht in der Mitte des Gartenpfades stand und seine Blinde wie suchend auf die Glaspfort und das Fenster der Wohnstube gerichtet hielt — „jener Mensch ist der Tat gefähig. Er hat den Mord begangen. Sie haben seine Gemeinschaft mit ihm. Sie wußten nicht einmal, daß er nach diesem Lande zurückgekommen. Sehen Sie, das alles durchschaue ich, indem ich auf meine Weise die Dinge angreife; indem ich Ihnen, die sich unbelauscht wähnen, belausche: indem ich harm-

los plaudere, als sei ich der aufrichtigste Mensch von der Welt. Was haben Sie nun noch gegen diese Weise, Herr Ritterhausen,“ schloß Monsieur Ermanns seine Rede, indem er in ein gezwungenes Gelächter ausbrach, „was haben Sie dagegen, wenn ich damit zu dem Ergebnis komme, daß Sie unschuldig sind?“  
„Nichts weiter,“ antwortete Ritterhausen, ohne über diese Ehrenerklärung in großem Jubel auszubrechen, doch freilich mit offener erleichteter Brust, „nichts weiter, als daß es mir lieber gewesen wäre, Sie hätten mich von vornherein für unschuldig gehalten und hätten mich mit jeder Unterdrückung verschont, sei es nun eine nach der strengen alten Inquisitionsmanier vorgenommene oder nach Ihrer Belauscher- und Belauerweise ge-“  
Monsieur Ermanns wollte antworten, als seine Aufmerksamkeit plötzlich von Ritterhausen ab- und Sibylle zu gezogen wurde. Sibylle nämlich war hinter seinem Rücken, während er sich dem Hammerbesitzer zuwandte, aufgesprungen, hatte mit einer raschen Bewegung die Glaspfort aufgerissen, war die paar Stufen in dem Garten hinabgefallen und lag, ehe sich jemand dessen verah, in des ihr entgegenschreitenden Richards Armen.  
„Richard — du — du hier — o mein Gott, wach ein Wiedersehen!“ stammelte sie, und ihrer selbst nicht mächtig, barg sie ihr von Tränen überströmendes Gesicht an seiner Brust.  
„Sibylle!“ jagte er, sie sank an sich drückend. „So finde ich dich wieder! Sei getroßt — fasse dich — du bist frei. Da diese Menschen das Opfer eines Unschuldigen verlangen, habe ich ihnen mein Leben zum Opfer dargeboten. Es war ohnein dem Untergang geweiht, mein armseliges Leben. Ich werfe es gern now mir, da ich dir damit den Frieden und die Freiheit erkaufen kann! Sei getroßt.“  
„Und das soll mich trösten, Richard?“ schlichzte Sibylle, „ob dein, ob mein Leben.“  
Hier wurde die kurze Unterredung unterbrochen. — Monsieur Ermanns, der in Hatt Sibyllen nachgeführt war, fuhr gewaltam aufgewachen und trennte die beiden jungen Leute, indem er die Hand auf Sibyllens Arm legte und den Gendarmen einen Wink gab, Richard fortzuführen. Sibylle wollte sich an den Geliebten anklammern, aber Richard brüchte einen schützigen Ruß auf ihre Stirn und wandte sich dann, um einer Szene mit seinen Wächtern zuzukommen, von ihr ab und schritt dem Ausgang des Gartens zu.  
Monsieur Ermanns bot Sibyllen zuvorkommend den Arm, um sie ins Haus zurückzuführen. Sibylle achtete nicht darauf, sie blinzelte mit tränenwunden Augen dem Dahinschreitenden nach.  
Der Polizeibeamte machte ihr dehalb eine stumme, ebensovienig brachtere Verbeugung und eilte dem von den Gendarmen fortgeführten Richard nach.  
(Fortsetzung folgt.)

Aber der Krieg ging weiter, und die Staatsmänner redeten. Und jedesmal zeigten sie dem Volke das gelobte Land des Friedens, das „in wenigen Monaten“ zu erreichen sei, wenn man nur durchhielte.

„Seit 3 1/2 Jahren haben die Völker jetzt den juchendsten Druck ertragen, aber das gelobte Land ist noch immer nicht zu erblicken — in der Richtung, nach der die Staatsmänner weisen.“

Und die Völker haben angefangen nachzudenken und Fragen zu stellen:

**Wie lange? Warum?**

Die Sozialdemokratie hat seit langer Zeit Antwort gegeben. Dieser Krieg ist ein Krieg um Profit und Markt, verursacht vom internationalen Kapitalismus. Dieser Krieg ist nicht ein Krieg der Völker.

Mit unermüdlicher Energie, unberührt von den rosenden Angriffen der Chauvinisten und Kapitalisten hat die dänische Sozialdemokratie am Wachstum des Friedensgedankens und der Vereinigung der internationalen Sozialdemokratie zu gemeinsamer Friedensaktion gearbeitet. Wir haben den Frieden ohne Sieg als den für Europas Zukunft besten Ausgang des Krieges hingestellt; die übrigen neutralen Sozialdemokraten haben das gleiche getan, und allmählich haben auch die sozialistischen Parteien in den kriegführenden Ländern sich dem Gedanken des Verständigungsfriedens angeschlossen.

Nach der Revolution nahm die russische Regierung den Verständigungsfrieden in ihr Programm auf, und seitdem ist die Friedensbewegung wie eine rollende Lawine gewachsen. Aus dem Krieg zwischen den Staaten ist der Kampf in den Staaten für und wider die Fortsetzung des Krieges geworden.

Die Völker beginnen nämlich, darüber klar zu werden, daß der Friede noch weit entfernt ist, wenn er durch den Sieg der einen Partei und die Niederlage der anderen erreicht werden soll. Nach Jahre hindurch kann der Krieg fortgesetzt werden, aber auf Sieg für eine der Parteien besteht keine Aussicht mehr. Nur eines ist dann gewiß: Europas Vernichtung in Grund und Boden, und dies in einem Kampfe, in dem kapitalistische Interessen den Einfluß haben.

Friede ohne Sieg oder Krieg ohne Sieg?

Die Frage ist klar, die Antwort kann nicht zweifelhaft sein. Das Ziel muß sein: raschster allgemeiner Friede, zwischen den Völkern! Deswegen hat die dänische Sozialdemokratie jüngst wieder die Initiative zu einer internationalen Zusammenkunft ergriffen, deswegen ruft sie heute zu Demonstrationen auf:

- Gegen den Kapitalismus!
Gegen den Militarismus!
Für den internationalen Volksfrieden!
Für den Sozialismus!

**Politische Rundschau.**

**Deutschland.**

**Zeitungsverbote.**

Die „Deutsche Zeitung“ ist vom Oberbefehlshaber in den Marken auf drei Tage verboten worden, und zwar, wie die „Voll. Zig.“ mitteilt, wegen eines Artikels des alldeutschen Führers Rechtsanwalt's Claß.

Auch der „Vorwärts“ war eines Artikels wegen, der scharfe Kritik an den Mängeln der Kriegsbefähigungsvorsorge übte, auf 3 Tage verboten worden. Er erschien jedoch, nachdem er einen Tag aussetzen mußte, wieder.

**Die kommenden Steuervorlagen.**

Dem Reichstag werden, wie der „Tag“ erfährt, bei seinem Zusammentritt im Januar noch keine Steuerentwürfe zugehen, denn die Regierung will erst den Verlauf der Friedensverhandlungen abwarten. Man hofft, daß diese Verhandlungen rasch vor sich gehen, sodas kann im Februar dem Reichstag die neuen Steuerentwürfe unterbreitet werden können, die wenn möglich, gleich den Charakter einer großen Reichsfinanzreform tragen sollen.

**Oesterreich-Ungarn.**

Die ungarische Wahlrechtsvorlage wird von den Regierungsparteien gütlich beurteilt. Die Partei Karolyis hat eine noch radikalere Reform gewünscht, das gereicht der Vorlage zum Vorteil. Die Partei Tiszas hält sich noch reserviert, ist aber entschieden gegen die Altersgrenze von 24 Jahren für die Wählbarkeit, gegen das Frauenstimmrecht sowie gegen die ungleiche Behandlung der industriellen und landwirtschaftlichen Arbeiter. Es wird auch in Ungarn noch harter Kämpfe bedürfen, um ein einigermaßen freies Wahlrecht zu erringen.

**Ernährungsfragen.**

**98 000 Zentner Kartoffeln „verschunden“.**

In Trier, einer Stadt, die in der Nähe reicher Kartoffelgebiete ohne nennenswerte Industrie liegt, herrscht jetzt schon Kartoffelnot. Laut der „Trierischen Landeszeitung“ (Nr. 320) hat der Landkreis Trier, der 177 292 Zentner Kartoffeln zu liefern hatte, nur die Hälfte davon angeliefert. Dieser Mangel ist nicht etwa auf die oft vorgeschübten Verzögerungsschwierigkeiten zurückzuführen, sondern die fehlenden Kartoffeln sind einfach „nicht mehr vorhanden“. Die Stadt Trier, die ihre Kartoffeln „übergestellt“ glanzte, muß nun auf die Suche nach einem neuen Acker gehen. Während die Verbraucher sich im Winter mit sieben Pfund Kartoffeln durchdamen, werden zahllose Zentner Kartoffeln in die Mägen des Viehes und auf die Wege des wüsten Schleichhandels gewandert sein.

**98 Zentner Schweinefleisch beschlagnahmt.**

In Darmstadt wurde ein für die Gemische Fabrik Merz & Co. in Darmstadt mit 98 Zentner Schweinefleisch bei seiner Eintreffung am dortigen Bahnhof beschlagnahmt. Der Wagen kam aus Höchst und war als Salz befrachtet. Angeblich hat die Firma für das Fleisch, das zum Höchstpreis etwa 90 000 Mark kosten würde, 300 000 Mark bezahlt. Das beschlagnahmte Fleisch wurde nach dem Darmstädter Schlachthof gebracht.

**Für unsere Feldgrauen.**

**Zurücknahme von der Front.**

Eine Verfügung des Kriegsministeriums bestimmt, daß Krankheitsfälle, die das 4. Lebensjahr überhinter lassen haben und mindestens 6 Monate bei der kämpfenden Truppe an der Front gewesen sind, hinter die Front zurückgezogen werden können. Diese Bestimmung hat zu mancherlei Mißverständnissen geführt. Insbesondere waren die Truppenteile der Meinung, daß auch für die Zurücknahme in Frage komme. Auf eine Anfrage, die die Verhältnisse an der Front betrifft, ist folgende Antwort gegeben worden:

Der Dienst bei Truppenteilen kann nicht als Dienst in vorderster Linie im Sinne der Verfügung über die Abführung der alten Landwehrleute aus dem Frontdienst angesehen werden. Wenn auch bei den heutigen Kämpfen, in denen das Gelände bis zum letzten Meter besetzt wird, nicht vermieden werden kann, daß auch Truppenteile gelegentlich ins Feuer kommen, so ist doch die Gefährdung der Truppenteile keineswegs eine so große wie bei den am Kampfe teilnehmenden Truppen. Es geschieht auch alles, um die Gefährdung der Truppenteile auf ein Mindestmaß zu beschränken, indem an gefährdeten Stellen sowohl die Arbeit, wie auch die An- und Rückmärsche nach Möglichkeit dem Feinde entzogen werden.

lann, daß auch Truppenteile gelegentlich ins Feuer kommen, so ist doch die Gefährdung der Truppenteile keineswegs eine so große wie bei den am Kampfe teilnehmenden Truppen. Es geschieht auch alles, um die Gefährdung der Truppenteile auf ein Mindestmaß zu beschränken, indem an gefährdeten Stellen sowohl die Arbeit, wie auch die An- und Rückmärsche nach Möglichkeit dem Feinde entzogen werden.

**Söhnungszuschüsse für verheiratete Unteroffiziere.**

Die verheirateten Unteroffiziere des Friedensstandes befinden sich insofern in einer recht unangünstigen Lage, als die ihnen bei Ausbruch des Krieges gewährte Familienbeihilfe außerordentlich niedrig war, jedenfalls aber in keinem Verhältnis zu den notwendigen Mehraufwendungen standen. Bereits vor einiger Zeit ist eine Zulage gewährt worden, die aber so minimal war, daß sie für den Haushalt überhaupt nicht ins Gewicht fallen konnte. Diese Zuschüsse haben nun eine Neuregelung erfahren und zwar sind sie wie folgt erhöht:

- 1. bei gemeinsamer Haushaltsführung:
a) für Familien ohne Kinder von 0,35 Mk. auf 0,80 Mk. täglich,
b) mit 1 Kind 0,75 " 1,30 "
c) 2 Kind 1,20 " 1,80 "
d) jedes weitere Kind (täglich mehr) von 0,45 Mk. auf 0,60 Mk. täglich;
2. bei getrennter Haushaltsführung:
a) für Familien ohne Kinder von 1,15 Mk. auf 1,60 Mk. täglich,
b) mit 1 Kind 1,55 " 2,10 "
c) 2 Kind 2,00 " 2,60 "
d) jedes weitere Kind (täglich mehr) von 0,45 Mk. auf 0,60 Mk. täglich.

Ausdrücklich sei aber darauf hingewiesen, daß sich diese Söhnungszuschüsse nur auf die verheirateten Unteroffiziere des Friedensstandes beziehen, also die aktiven Unteroffiziere; nicht auch die Unteroffiziere des Beurlaubtenstandes. Diese Zulagen empfangen auch die gehaltenen Unteroffiziere, also Heugeldwebel, Schirmmeister, Oberfeuerwerker, Feuerwerker, Stellungsaufwelder, Oberwallermeister, Wallmeister, Unterzahlmeister, Obermusikmeister und Musikmeister. Besonders angenehm wird es von den Beteiligten empfunden werden, daß diese Erhöhung der Zulagen für die Zeit vom 1. Juli 1917 nachbezahlt wird.

**Versicherungswesen und Konsumvereine.**

Die Notwendigkeit, sich gegen die Zufälle des menschlichen Lebens zu versichern, wird heutzutage allgemein anerkannt, doch gehen die Ansichten darüber auseinander, in welcher Weise das Versicherungswesen geregelt werden soll. Es sind Vorschläge gemacht worden, das gesamte Versicherungswesen zu verstaatlichen, andere wollen es den Gemeinden überweisen, wieder andere vertreten den Standpunkt, daß man auf diesem Gebiete dem Kapital freien Spielraum lassen müsse. Neuerdings taucht auch die Meinung auf, die Erbürgungen und Rückvergütungen der Konsumvereine müßten den Zwecken der Versicherung dienlich gemacht werden. In einem Artikel, der durch die Tageszeitungen geht, heißt es diesbezüglich:

In den Konsum- und Wirtschaftsgenossenschaften wird der Rabatt meistens nur einmal im Jahre, und zwar kurz vor Weihnachten, ausbezahlt. Hier hat also schon eine Ansammlung stattgefunden, die in einzelnen Fällen eine stattliche Höhe erreichen kann, denn die Mitglieder dieser Genossenschaften kaufen meistens in normalen Zeiten, den größten Teil ihres Warenbedarfs in den Verkaufsstellen dieser Genossenschaften ein. Es kommt in solchen Fällen lebhaft darauf an, den Gedanken der Ausnutzung dieser Gelder für Versicherungszwecke den Genossenschaften nahebringen und sie so darauf zu interessieren, daß sie ihren Mitgliedern empfehlen, ihre bei den Einkäufen erzielten Rabatte für eine Versicherung anzulegen. Daß die Aufnahmebedingungen in die Versicherung einigermaßen günstig sein und auch dem Versicherungsnehmer verschiedene Möglichkeiten bieten müssen, damit er die Versicherung seinen besonderen Wünschen und Bedürfnissen anpassen kann, ist selbstverständlich. So muß zum Beispiel neben einer Begräbnisgeldversicherung eine auf den Erlebensfall Rückzahlende Versicherung gegeben werden können, während denen gewählt werden kann. Wie die erste Prämie aus der Ansammlung der bei den verschiedenen Einkäufen erzielten Rabatte entrichtet ist, so legen sich auch die späteren Prämien aus den innerhalb eines bestimmten Zeitraumes, z. B. eines Jahres, erzielten Summen von kleinsten Einzelbeträgen zusammen. Fehle an der Jahresprämie ein Betrag, so ist der Versicherungsnehmer davon in Kenntnis zu setzen, damit er einen entsprechenden Zusatz leisten kann. Ueberstehende Beträge sind ihm auszuschreiben oder zurückzugeben. Es müßte die Möglichkeit bestehen, daß den Genossenschaftsmitgliedern, die für ihre Person auf den Abschluß einer Versicherung verzichtet, das Recht eingeräumt wird, einen Betrag zugunsten einer dritten Person abzuschließen.

Den Versicherungsgesellschaften erwachsen aus der Interessengemeinschaft mit den Konsumgenossenschaften zweifelslos große Vorteile. Vor allem wird durch sie der Versicherungsgedanke in die breitesten Schichten der Bevölkerung, besonders der städtischen, getragen. Es wird auch solchen Kreisen, die sich wegen ihres geringen Einkommens bisher abseits von der Privatversicherung gehalten haben, die Möglichkeit geboten, für sich und ihre Angehörigen für die Zeiten der Not zu sorgen, und zwar in einer Weise, daß ihnen aus dieser Vorsorge keine oder kaum irgendwelche nennbare Belastung erwächst. Besonders in den Kreisen der städtischen Arbeiterbevölkerung haben die Konsumvereine die meisten Erfolge. Dieses Moment ist nun der größten Bedeutung, denn jenen Kreisen, die bisher für die Versicherung kaum oder gar nicht in Frage kamen, wird der Gedanke nahegebracht, sich ohne Mühe die Aussicht auf die Erlangung eines Kapitals zu verschaffen. Das Eindringen in die Kreise der Arbeiterbevölkerung bedeutet für die Versicherungswirtschaft eine bedeutende Erweiterung ihres jetzigen Wirkungsbereiches. Für sie verlohnt es sich, näherzutreten und einen Versuch nach der genannten Richtung hin zu machen. Gelingt es, so würden sie auch an ihrem Teile beitragen zur Hebung des Wohlstandes in den Kreisen der von der Hand in den Mund lebenden Bevölkerung und dadurch zur Wehrung der Familienruhm.

Die Ausführung dieses Planes steht nicht nur Verhandlungen mit den jeweils interessierten Konsumgenossenschaften voraus, sondern sie muß auch eine weitgehende Aufklärungsarbeit in den Kreisen der hier vor allem in Frage kommenden Bevölkerungsschichten notwendig sein. Zu dem Zweck muß auch Fühlung genommen werden mit den großen Organisationen der Arbeiter sowohl wie der ebenfalls in Betracht kommenden Angehörigen, vor allem mit den Gewerkschaften aller Richtungen, damit diese ihren Einfluß auf die hinter ihnen stehenden Kreise im Sinne unserer Bestrebungen geltend machen.

In diesem, wie man sieht, schon recht eingehend erwoogenen Plan ist als erster Schritt die Verstaatlichung, die man der Bedeutung der Konsumgenossenschaften angeheben läßt. Im übrigen leidet der Gedanke an dem Hebel, daß er um manche Vorteile aus sich selbst heraus und weiter bei den freien Gewerkschaften auch bei den Konsumgenossenschaften auf Gegenseitige stoßen wird, weil diese bereits in der Volksvorsorge die Einrichtung selbst geschaffen haben, auf die es für die mißbeherrschten Volkskreise in diesem Falle ankommt. Auch für Feuer- und andere Versicherungen bietet die Verstaatlichung der Konsumvereine Vorteile und ihren Mitgliedern jede nur erdenkliche günstige Gelegenheit, ihre Versicherungsbedürfnisse zu befriedigen.

**Aus der Partei.**

Ein sozialdemokratischer Stadtrat in Königsberg. Am Sonnabend wurde in Königsberg Genosse Borowski mit 40 von 55 Stimmen zum Stadtrat gewählt. Damit ist der erste Sozial-

demokrat in den Königsberger Magistrat ein. Unter den überzogenen Stimmen, die auf Genossen Borowski entfielen, waren acht sozialdemokratische, die übrigen bürgerlich.

Eine dringende Notwendigkeit nennt es die Bremer „Arbeiterpolitik“, daß die Linksradikalen sich von den Unabhängigen trennen und eine eigene entschlossene revolutionäre Partei bilden. „Wir können nicht glauben“, schreibt das Blatt, „daß sie (die Linksradikale Gruppe) sich identifizieren mit dem jämmerlichen Verlagen eines Dittmann, mit den Erfüllungen Haases zur russischen Revolution, mit der Haltung der Kraft in der Kieler Affäre und neuerdings mit der Rede Ledebours zur Kreditverweigerung.“ Die Linksradikalen müßten sich öffentlich von den pseudosozialistischen Unhängigen loslösen: „Heute gebietet die internationale Lage die Gründung einer eigenen linksradikalischen Partei als dringende Notwendigkeit.“ — Viel Glück auf dem Wege zur immer weiteren Zerspaltung der Arbeiterklasse!

**Gewerkschaftsbewegung.**

Vom inneren Feinde. Wegen Konsumwaren wurde von der Strafkammer in Kassel der Fabrikant H. aus Wademburg an der Weser, Inhaber der Farbenfabrik in Wademburg, zu einer Gesamtstrafe von 57 615 Mk. verurteilt, weil er mehrere Waggons Farben auf dem Umwege über Oesterreich nach Rußland veräußert hatte, wo diese Waren zu Kriegszwecken verwendet worden waren.

**Aus Nah und Fern.**

Für 75 000 Mark gestohlene Waren entdeckt. Der Berliner Kriminalpolizei ist es gelungen, in Moabit große Mengen gestohlener Waren zu ermitteln, deren Wert auf über 75 000 Mark geschätzt wird. Es handelt sich meist um Stoffe, die in Charlottenburg gestohlen worden sind, und bereits in den Händen von Wiederverkäufern waren. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen.

Nach dem Genuß von Wurst gestorben. In der Nacht zum Sonntag ist in Berlin die 15 Jahre alte Arbeiterin Ida Bräuer, die bei ihrer Mutter am Ostbahnhof 8 wohnte, an Vergiftungserscheinungen plötzlich gestorben. Das Mädchen hatte am Sonnabend Blut- und Leberwurst mitgebracht und davon zu Abend gegessen. In der Nacht starb es unter heftigen Schmerzen. Es liegt Wurstvergiftung vor. Die Leiche wurde bejaghant.

Im Kampf mit einem Fahnenflüchtigen erschossen. In Rosenthal bei Reichberg wurde der Bezirksgendarmereiwachmeister Fippel bei der Festnahme eines Fahnenflüchtigen erschossen und ein zweiter Wachmeister lebensgefährlich verletzt. Der Fahnenflüchtige, der bei dem Kampfe selbst zwei Schüsse erhalten hatte, eilte noch in ein benachbartes öffentliches Haus, gab dort auf die Wirtin, von der er sich verraten glaubte, einen Schuß ab und brach dann vor dem Hause schwer verletzt zusammen.

Im Uebermut. In Teufenthal schoß ein 16jähriger Schornsteinfegerlehrling aus Uebermut vom Schornstein herab auf ein unten vorübergehendes Dienstmädchen. Dieses brach schwerverletzt zusammen. Der Lehrling hatte das Gewehr einem Feldhüter anvertraut.

Zweimal silberne Hochzeit gefeiert. Daß eine Frau zweimal ihre silberne Hochzeit feiert, dürfte wohl einzig dastehen. Demnach ist kann die bereits hoch in den 70er Jahren stehende Ehefrau Heinrich Menzel in Bochum zum zweitenmal die silberne Hochzeit begehen, die sie auch mit ihrem verstorbenen ersten Ehemann hat feiern können.

Straßenbahnunglück in Essen. Am Sonntagabend ereignete sich in Essen ein schweres Straßenbahnunglück, wobei mehrere Personen tot und andere teils schwer, teils leicht verletzt wurden. Infolge des dichten Nebels und auch wegen der Abblendung der Schlußlaternen an dem Anhängerwagen fuhr eine Straßenbahn mit dem Anhängerwagen auf einen im Gleise haltenden Straßenbahnzug. Ebenfalls zwei Anhängerwagen, die sämtlich zertrümmert wurden.

Die Kriegsnot der Presse. Aus Tschernom Harz berichtet die „Magdeburger Volksstimme“: „Die Kriegsnot der Presse ist eine Not, die beiden hiesigen Zeitungen haben auf beider Seiten die Anordnung ihre Betriebe vereinigen zu müssen. Die Vereinigung ist nicht genau dem gleichen Inhalt, nur der Form nach verschieden. Die Zusammenlegung ist eine Folge der herrschenden Preissenot. Die Redaktionen der beiden Zeitungen werden hauptsächlich bei ihrem zusammengelagerten Betriebe nicht in schwere Konflikte geraten.“ — Von der Reichsleitung ist wiederholt verfügt worden, daß eine Zusammenlegung der Zeitungen nicht beabsichtigt sei. Was soll nun die „bedrückliche Anordnung“ in bezug auf diese beiden Blätter bezwecken? Soll sie etwa die Preissenot beheben? Das ist so gut wie ausgeschlossen. Gemisse Stellen schweigt allerdings die „Einheitszeitung“, die nur eine Meinung und zwar die „von oben“ gewünschte, vertritt, als Ideal vor. Soweit sind wir aber selbst im Zeitalter des „Burgfriedens“ noch lange nicht.

Glückliche Leute. Schön heraus sind die Einwohner von Burginn i. d. Rhön. Zu dem Marktleben gehören ausgedehnte Waldungen, die einst Eigentum der freiherrlichen Familie von Thingen waren, aber nach einem 300jährigen Prozeß der Gemeinde zugesprochen wurden. Diese Waldungen bringen den Bürgern viele Annehmlichkeiten. Die Burginner erhalten nämlich alljährlich kostenlos ihr Holz, die Schulkinder sämtliche Lehrbücher und Schulmaterialien unentgeltlich und dem Bürger, dessen Haus bausällig geworden ist, wird das nötige Bauholz ohne Zahlung angefahren. Steuern brauchen die Glücklichen in Burginn ebenfalls nicht zu entrichten. Ihre Häuser besitzen alles und die Gemeindefasse hat stets über ansehnliche Mittel zu verfügen.

23 Opfer des Grubenunglücks in Böhmen. Aus Aussig wird gemeldet: Nachdem bei dem Austritsstich durch den Luftschacht frische Luft eingepumpt war und dadurch das Wetter entfernt worden ist, gelang es, bis zu den verunglückten 23 Bergleuten vorzudringen. Sie versuchten, durch den Luftschacht zu entkommen. Doch hatte die glühende Einbruchsstelle derartig Rauch und Gas entwickelt, daß die Arbeiter nicht mehr hindurchkommen und den Luftschacht nicht mehr erreichen konnten. Sämtliche Verunglückte, bei denen Wiederbelebungsversuche vergeblich waren, sind jetzt geborgen.

Mietsspolonien. In Amsterdam ist die Wohnungsnot so groß, daß, sobald ein Haus leer steht, ein ganzes Heer von Mietern einen Ansturm auf die Wohnungsgelegenheit zu unternehmen pflegt. Das verursacht natürlich den Eigentümern und Hauswarten, die täglich oft 20 und mehr Mietanfragen zu erledigen haben, große Unannehmlichkeiten, besonders in den häufigen Fällen, in denen eine derzeit leerstehende Wohnung bereits früher vermietet wurde. Und so ist es denn, wie „Het Volk“ schreibt, in Amsterdam heute nichts Seltenes mehr, daß man bei einem großen Prozentfuß leerstehender Häuser der Stadt nicht mehr den üblichen früheren Vermietungszettel, wohl aber einen Anschlag „Hier sind keine Wohnungen zu vermieten“ findet.

Der Schaden der Katastrophe von Halifax. Auf eine Anfrage im englischen Unterhaus am 18. Dezember gab Chiozza Money der Regierung bekannt, daß bei der Katastrophe von Halifax fünf britische Dampfer und ein Schleppdampfer ernstlich beschädigt wurden, und daß 1/2 der Besatzungen dieser Schiffe ihr Leben verloren haben.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co.
Erschienen in Lübeck.